

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 43

Erstausgabe. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M., ohne Postgebühren. Nur Postweg. Bestellungen bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin O. 2, Breitestr. 8/9 V. Fernruf: Zentrum 272

Berlin, den 22. Oktober 1922

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kolonnette 3 Mark; für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Verbandsmitteilungen usw. 1 Mark. * Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten *

38. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Einlieferung der Abrechnung vom 3. Quartal sollte nun schnellstens erfolgen ohne jede Rücksicht auf Restanten, weil die alten Beitragsmarken bereits seit dem 1. Oktober nicht mehr gültig sind.

Bei der Fertigstellung der Abrechnung bitten wir zu beachten, daß die ausgeschriebenen vier Extrabeiträge von allen Mitgliedern geleistet sein müssen. Es sind in dem Abrechnungsformular bei jedem Mitgliede zunächst in der besonderen Spalte für Extrabeiträge von der Anzahl der insgesamt entnommenen Beitragsmarken vier Extrabeiträge einzutragen und erst dann ist wie üblich für die dreizehn Wochen des Quartals (und für etwa noch vorhandene Restwochen vom vorigen Quartal) die Beitragsleistung — einschließlich etwaiger beitragsfreier Wochen infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Streik — nachzuweisen.

Fehlende Extrabeiträge sind in jedem Fall als Reste zu behandeln, die bei einem eventuell eintretenden Unterküfungsfall vorher beglichen sein müssen.

Auf dem Ergänzungsbogen ist die Zahl der geleisteten Beiträge und die Zahl der Extrabeiträge, dem Vordruck entsprechend getrennt und für jede Klasse besonders aufzuführen.

Die den Zahlstellen zur Bestreitung öffentlicher Ausgaben zuzuführenden Beitragsanteile sind nur von den Einnahmen der laufenden Beiträge zu berechnen, während die Einnahme aus den Extrabeiträgen nach § 9 des Verbandsstatuts unverkürzt an die Hauptkasse abzuführen ist.

Die bis zur 30. Woche im Gebrauch gewesenen Beitragsmarken sind mit der Abrechnung vom 3. Quartal an die Verbandskasse einzusenden, wobei alle am Sollbestand fehlenden Marken als verkauft mit zu verrechnen sind.

Ausgaben für Lohnbewegungen dürfen nur dann in der Abrechnung zur Verrechnung kommen, wenn für jedes einzelne Vorgehen der Schlussbericht an den Verbandsvorstand eingehandt ist. Die Verbandskasse ist angewiesen, die eingestellten Lohnbewegungskosten ausnahmslos abzustreichen, soweit dafür die Schlussberichte nicht vorliegen.

2. Pünktliche Beitragsleistung. Um den mit der Führung der Kassengeschäfte betrauten Funktionären die Arbeit leichtest zu erleichtern, richten wir hiermit an alle Mitglieder die dringende Mahnung, die Beiträge regelmäßig und pünktlich an die zuständigen Stellen abzuliefern.

Es werden schon in ganz kurzer Zeit wieder bedeutend erhöhte Beitragsätze zur Einführung kommen. Der leider unvermeidliche häufige Wechsel in der Höhe der Beiträge bedingt für die Funktionäre so schon eine bedeutende Erschwerung ihrer Tätigkeit. Es ist deshalb unter allen Umständen darauf zu achten, daß künftig bei jeder eintretenden Beitragsänderung immer sofort die bisherigen Quittungsmarken abgerechnet und für alle rückständigen Beiträge nur noch die neuen höheren Sätze gezahlt werden müssen.

Die Orts- und Gauverwaltungen sind verpflichtet, darauf zu achten, daß die Unterkassierer, Wertstubevertrauensleute usw. die einrückierten Beitragsgelder in den kürzesten Zwischenräumen an die Zahlstellen

und Gaukassierer abliefern. Für etwaige Verluste, die infolge unpünktlicher Ablieferung einrückierten Beitragsgelder oder fehlender Beitragsmarken entstehen, sind ausnahmslos die Zahlstellen der Verbandskasse gegenüber haftbar.

3. Der 6. Nachtrag zum Reichstaxi für die Etuis- und Kartonnagenindustrie mit dem Lohnabkommen vom 7. Oktober und der 3. Nachtrag zum Reichstaxi für das Buchbindergewerbe mit dem Lohnabkommen vom 10. Oktober ist allen Gau- und Ortsverwaltungen in einigen Exemplaren zugefandt. Weitere Exemplare sind zum Preise von 10 M. das Stück einschließlich Porto für Zusendung von uns zu beziehen.

4. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen nunmehr wöchentlich in

	Beitragsätze						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Bernau	2,-	2,-	2,-	2,-	2,-	2,-	2,-
Bernburg	2,-	2,-	2,-	2,-	3,-	3,-	3,-
Bielefeld	-	3,-	3,-	5,-	5,-	5,-	5,-
Düren	-	3,-	3,-	5,-	5,-	5,-	5,-
Ebersbach-Neugersdorf	3,-	3,-	3,-	3,-	5,-	5,-	5,-
Hagen	2,-	3,-	3,-	5,-	5,-	5,-	5,-
Krefeld	3,-	3,-	5,-	7,-	10,-	10,-	10,-
Leer	2,-	3,-	4,-	5,-	5,-	5,-	5,-
Rafshau	-	5,-	5,-	10,-	10,-	10,-	10,-
	f. männliche Mitgl.			f. weibl. Mitgl.			
Essen	-	-	5,-	-	-	3,-	-
Julda	-	1,-	-	-	-	0,50	-

5. Materialoversend. Allen Gau- und Ortsverwaltungen sind in den letzten Tagen zugefandt worden: Bestimmungen für die Beitragsleistung doppelt organisierter Mitglieder;

Antragsformular auf Zulassung geringerer Beitragsleistung für doppelt organisierte Mitglieder; Antragsformular auf Bewilligung von außerordentlichen Agitationskosten.

Wir ersuchen, diesbezügliche Anträge nur unter Benützung vorstehender Antragsformulare an uns gelangen zu lassen.

Der Verbandsvorstand.

Unsere Lohnverhandlungen mit dem „Api“

dem Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industriellen, gingen diesmal in bemerkenswerter Kürze vor sich. In der siebenten Abendstunde des 9. Oktober traten beide Parteien zusammen. Herr Labus-Berlin eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis darauf, daß die „Api“-Vertretung wieder sämtliche beteiligten Berufsgruppen umfasse. Der Verband der bayerischen Buchbindermeister war, trotz seines leghin gefaßten Beschlusses, nicht vertreten. Im Auftrage unseres Tarifausschusses begründete Kollege Hauelsen-Berlin unsere Forderungen, die genau so eingestellt waren als die an den „Abdel“ kurz zuvor gerichteten. Auch die Begründung bewegte sich in demselben Rahmen wie dort. — In seiner Antwort anerkannte der Sprecher der Unternehmer, Herr Dr. Feldgen-Berlin, rückhaltlos die Notlage der Arbeiterschaft, doch dürfe niemand die zwei Notwendigkeiten außer acht lassen, mit denen zu rechnen

sei, einmal die Not der Arbeiterschaft, zum andern auch die Not der Betriebe. Ueber erstere sei kein Wort zu verlieren notwendig, und die Unternehmer wüßten sehr gut, daß, um dieser Not zu steuern, etwas geschehen müsse. Sie seien auch bereit, soweit zu geben, als die Betriebe tragen könnten. Die Aufgabe der Verhandlungskommission könne es nur noch sein, zwischen den genannten zwei Fesseln hindurchzusteuern. Das aber erfordere Verständnis auf beiden Seiten. Auch die Arbeiterschaft könne nicht wollen, daß die Betriebe eingeengt und in weiterer Folge im Umfange reduziert werden, da ja in erster Linie sie selbst die schwerwiegenden Folgen zu tragen haben werden und dann nur ein kleinerer Teil der Arbeiterschaft in den Genuß der Zulagen käme. Zu prüfen bleibe, wo die Grenze des Notwendigen läge. Zugegeben werde, daß die Taxierung weiter wächst und daß die kommende Brotteuerung und die Mietsteigerungen weitere Verteuerungen im Gefolge haben werden. Trotzdem dürfe der Akt nicht abgefaßt werden, auf dem wir sitzen, und die Betriebe dürfen nicht unrentabel gemacht werden. Jeder einzelne sollte sich eine Portion gesunden Optimismus bewahren, der ihm sage, daß wir trotz allem über alle Not der Zeit hinwegkommen werden. Wer heute dem Pessimismus verfallt, der sei verloren. Ueber Einzelheiten zu reden, sei zwecklos. Würden sich die Unternehmer nur von kaufmännischen Gesichtspunkten leiten lassen, dann könnten sie jetzt nichts bewilligen. Sie tun das aber nicht, sondern beachteten auch die sozialen Momente, die heute mehr denn je eine Rolle mitspielen, und sie würden darum tun, was in ihren Kräften stünde. Er beantragte darum am Schlusse seiner Ausführungen Kommissionsberatung. Dem wurde zugestimmt.

Diese Kommissionsberatungen fanden am zweiten Verhandlungstage statt und sie gestalteten sich doch etwas schwieriger, als nach der Rede des Herrn Dr. Feldgen angenommen werden konnte. Wiederum — wie so oft schon — wurde in zähem Ringen um fast jede einzelne Position gestritten, bis zum Schluß das Ergebnis erzielt war, das wir umstehend unsern Mitgliedern zum Kenntnis bringen.

Größere Schwierigkeiten entstanden u. a. bei der Beratung der von einer besonderen Kommission behandelten Frage des Zuschlages für Akkordarbeit, da jetzt der im Sommer dieses Jahres revidierte Akkordtarif zur Einführung kommen sollte. Die Unternehmervertreter glaubten auf Grund dieses neuen Akkordtarifs die Prozentzuschläge geringer bemessen zu können, obwohl es sich bei der Revision des seither geltenden Tarifes nur darum gehandelt hatte, offensichtliche Ungerechtigkeiten des alten Tarifs zu beseitigen. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde aber auch hier eine Verständigung erzielt.

Beantragte Abänderung des „Abdel“-Abkommens.

In Verfolg der heftigen Widersprüche unserer Mitglieder aus der Etuis- und Kartonnagenbranche hat unsere Verbandsleitung beim Vorstand des Arbeitgeberverbandes der deutschen Etuis- und Kartonnagen-Industrie beantragt, die zweite Rate des letzten Lohnabkommens eine Woche früher in Kraft zu setzen als vereinbart war, und auch dem neu zu vereinbarenden Lohnabkommen einen um eine Woche früheren Beginn zu geben.

Abkommen

betr. den Reichslohntarifvertrag für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufszweige. Abgeschlossen am 10. Oktober 1922 in Goslar.

- Die reichstariiflichen Stundenlöhne werden wie untenstehend erhöht. Die erste Zulage gilt vom 8. Oktober bis zum 25. Oktober, die zweite vom 26. Oktober bis zum 8. November.
- Die Zulagen können den Affordarbeitnehmern auch als feste Zulagen gegeben werden. Bisher 28 des Hauptvertrages muß erfüllt sein.
- Die Besatzungs- und Industriezulagen bleiben in Höhe der bisherigen Beträge bestehen.

Goslar, den 10. Oktober 1922.

„Apl“, Fachgruppe Briefumschlag- und Papierausstattungsfabrikation.
Erwin Gempnenau. Dr. Feldgen.

„Apl“, Fachgruppe Geschäftsbücher- u. m. Fabrikation.
Karl Rab. Dr. Feldgen.

Verband deutscher Buchbindereibesitzer.
R. Pilz. Dr. Creutzberger.

Deutscher Buchbinderverein.
Berthold Sturm.

Reichsverband der Buchbinderen.
Brandt. Ralms.

Bund deutscher Buchbinder-Innungen.
F. Freisbarf.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands.
Hauelsen.

Graphischer Zentralverband.
Hornbach.

Affordarbeit.

Der prozentuale Zuschlag zu den im Reichsaffordtarif festgelegten Grundlöhnen beträgt ab 8. Oktober 1922 2130 Prozent, ab 26. Oktober 1922 bis zum 8. November einschließlich 2380 Prozent. Der neue Affordtarif wird mit der am 12. Oktober 1922 beginnenden Lohnwoche eingeführt. Damit entfällt der bisher einzelnen Sparten gezahlte Sonderzuschlag.

Zum Zusatzvertrag für Buchdruckereien.

Die feststehenden besonderen Lohnabkommen zum Zusatzvertrag für die Buchdruckereien kommen in Fortfall. Für Gehilfen (ledig und verheiratet) sowie für Arbeiterinnen unter 16 Jahren und für Ungeübte über 16 Jahre gelten die im Lohnvertrag für Buchbinderen festgelegten Zulagen und Lohnsätze.

Geeübte Arbeiterinnen erhalten ab 8. Oktober und ab 26. Oktober nachstehende Zulagen:

	ab:	Drittklasse					
		I Brt.	II Brt.	III Brt.	IV Brt.	V Brt.	VI Brt.
a) Nach vollend. 16. Lebensjahr	8. 10.	9,—	8,50	8,—	8,—	7,50	7,—
	26. 10.	4,50	4,50	4,—	4,—	3,50	3,50
b) Nach vollend. 17. Lebensjahr	8. 10.	11,50	11,—	10,50	10,50	10,—	9,50
	26. 10.	5,50	5,50	5,—	5,—	5,—	4,50

Zum Lohnvertrag für Buchbindereien, Buchdruckereien, Geschäftsbücherfabriken und verwandte Betriebe.

Die ab 8. Oktober und ab 26. Oktober 1922 zu zahlenden Zulagen betragen:

	ab:	Drittklasse					
		I Brt.	II Brt.	III Brt.	IV Brt.	V Brt.	VI Brt.
I. Ledige Gehilfen:							
a) Im 1. Gehilfenjahr	8. 10.	11,—	11,—	10,50	10,—	10,—	9,50
	26. 10.	6,—	6,—	5,50	5,—	5,—	5,—
b) Im 2. Gehilfenjahr	8. 10.	13,50	13,50	13,—	12,50	12,50	12,—
	26. 10.	7,—	7,—	6,50	6,—	6,—	5,50
c) Im 3. Gehilfenjahr	8. 10.	15,—	14,50	14,—	14,—	13,—	13,—
	26. 10.	7,—	7,—	6,50	6,50	6,—	5,50
d) Im 4. Gehilfenjahr	8. 10.	17,—	16,50	16,—	15,50	14,50	14,50
	26. 10.	8,—	8,—	7,50	7,50	7,—	6,50
e) Nach dem 4. Gehilfenjahr	8. 10.	17,50	17,—	16,50	16,—	15,—	15,—
	26. 10.	8,50	8,—	7,50	7,50	7,—	6,50
f) Nach dem 4. Gehilfenjahr und über 24 Jahre	8. 10.	20,50	19,50	19,—	18,50	18,—	17,—
	26. 10.	9,50	9,—	8,50	8,—	7,50	7,50
II. Verheiratete Gehilfen:							
c) Im 3. Gehilfenjahr	8. 10.	20,50	19,50	19,—	18,50	18,—	17,—
	26. 10.	9,50	9,—	8,50	8,—	7,50	7,50
d) Im 4. Gehilfenjahr	8. 10.	20,50	19,50	19,—	18,50	18,—	17,—
	26. 10.	9,50	9,—	8,50	8,—	7,50	7,50
e) Nach dem 4. Gehilfenjahr	8. 10.	20,50	20,—	19,50	19,—	18,—	17,—
	26. 10.	10,50	10,—	10,—	9,50	9,—	8,50
f) Nach dem 4. Gehilfenjahr und über 24 Jahre	8. 10.	20,50	20,—	19,50	19,—	18,—	17,—
	26. 10.	10,50	10,—	10,—	9,50	9,—	8,50

	ab:	Drittklasse					
		I Brt.	II Brt.	III Brt.	IV Brt.	V Brt.	VI Brt.
III. Arbeiterinnen:							
1. Unter 16 Jahren							
a) Im 1. Berufsjahr	8. 10.	5,50	5,50	5,—	5,—	4,50	4,50
	26. 10.	2,—	2,—	2,—	2,—	1,50	1,50
b) Im 2. Berufsjahr	8. 10.	7,—	6,50	6,—	6,—	5,50	5,50
	26. 10.	2,50	2,50	2,50	2,—	2,—	2,—
2. Ungeübte über 16 Jahre:							
a) Im 1. Halbjahr	8. 10.	7,—	6,50	6,—	6,—	5,50	5,50
	26. 10.	2,50	2,50	2,50	2,—	2,—	2,—
b) Im 2. Halbjahr	8. 10.	8,—	7,50	7,—	7,—	6,50	6,50
	26. 10.	3,50	3,50	3,—	3,—	3,—	3,—
3. Arbeiterinnen über 16 Jahre, die mindestens 1 Jahr in gleichartigen Betrieben tätig waren, gelten als geübte und erhalten:							
a) Im 1. Jahr in dieser Gruppe	8. 10.	9,—	8,50	8,—	8,—	7,50	7,—
	26. 10.	4,50	4,50	4,—	4,—	3,50	3,50
b) Im 2. Jahr in dieser Gruppe	8. 10.	10,—	9,50	9,—	9,—	8,50	8,—
	26. 10.	5,—	5,—	4,50	4,50	4,—	4,—
c) Nach dem 2. Jahr	8. 10.	11,50	11,—	10,50	10,50	10,—	9,50
	26. 10.	5,50	5,50	5,—	5,—	5,—	4,50

Zum Zusatzvertrag für die Briefumschlag- und Papierausstattungsindustrie.

Die ab 8. Oktober und ab 26. Oktober zu zahlenden Zulagen betragen:

	ab:	Drittklasse			
		I Brt.	II Brt.	III Brt.	IV Brt.
1. Ungeübte Facharbeiter:					
1. Ledige Arbeiter:					
a) Im Alter von 17 bis 18 Jahren	8. 10.	13,—	13,—	12,50	12,—
	26. 10.	6,50	6,50	6,—	5,50
b) Im Alter von 19 bis 20 Jahren	8. 10.	14,50	14,—	13,50	13,50
	26. 10.	6,50	6,50	6,—	6,—
c) Im Alter von 20 bis 21 Jahren	8. 10.	17,—	16,—	15,50	15,—
	26. 10.	8,—	7,50	7,—	7,—
d) Im Alter von 21 bis 24 Jahren	8. 10.	17,—	16,50	16,—	15,50
	26. 10.	8,—	7,50	7,—	7,—
e) Im Alter von über 24 Jahren	8. 10.	20,—	19,50	19,—	18,50
	26. 10.	9,50	8,50	8,—	7,50

	ab:	Drittklasse			
		I Brt.	II Brt.	III Brt.	IV Brt.
2. Verheiratete Arbeiter:					
b) Im Alter von 19 bis 20 Jahren	8. 10.	20,—	19,50	19,—	18,50
	26. 10.	9,50	8,50	8,—	7,50
c) Im Alter von 20 bis 21 Jahren	8. 10.	20,—	19,50	19,—	18,50
	26. 10.	9,50	8,50	8,—	7,50
d) Im Alter von 21 bis 24 Jahren	8. 10.	20,50	20,—	19,50	19,—
	26. 10.	10,50	9,50	9,50	9,—
e) Im Alter von über 24 Jahren	8. 10.	20,50	20,—	19,50	19,—
	26. 10.	10,50	9,50	9,50	9,—

II. Angelernte Arbeiter:		Ortsklasse				III. Ortsklasse		IV. Ortsklasse					
		ab:	I. 1911	II. 1911	III. 1911	IV. 1911	ab:	I. 1911	II. 1911	III. 1911	IV. 1911		
1. Ledige Arbeiter:													
a)	Im Alter von 14 bis 16 Jahren	8. 10.	7,—	6,50	6,—	6,—	d)	Im Alter von 19 bis 20 Jahren	8. 10.	18,—	17,50	17,50	17,—
		26. 10.	2,50	2,50	2,50	2,—			26. 10.	8,50	8,—	7,50	7,—
b)	Im Alter von 16 bis 18 Jahren	8. 10.	8,—	7,50	7,—	7,—	e)	Im Alter von 20 bis 21 Jahren	8. 10.	18,—	17,50	17,50	17,—
		26. 10.	3,50	3,50	3,—	3,—			26. 10.	8,50	8,—	7,50	7,—
c)	Im Alter von 18 bis 19 Jahren	8. 10.	11,—	11,—	10,50	10,50	f)	Im Alter von über 21 Jahren	8. 10.	18,—	17,50	17,50	17,—
		26. 10.	5,—	5,—	4,50	4,—			26. 10.	8,50	8,—	7,50	7,—
d)	Im Alter von 19 bis 20 Jahren	8. 10.	12,50	12,50	12,—	12,—	g)	Im Alter von über 21 Jahren und	8. 10.	18,50	18,—	18,—	17,50
		26. 10.	6,—	6,—	5,50	5,—		1 Jahr in demselben Betrieb	26. 10.	9,50	9,—	9,—	8,50
e)	Im Alter von 20 bis 21 Jahren	8. 10.	14,50	14,—	13,50	13,50	h)	Im Alter von über 24 Jahren und	8. 10.	18,50	18,—	18,—	17,50
		26. 10.	6,—	6,—	6,—	6,—		1 Jahr in demselben Betrieb	26. 10.	9,50	9,—	9,—	8,50
f)	Im Alter von über 21 Jahren	8. 10.	16,—	16,—	15,50	15,—							
		26. 10.	7,—	7,—	6,50	6,50							
g)	Im Alter von über 21 Jahren und	8. 10.	16,50	16,—	16,—	15,50							
	1 Jahr in demselben Betrieb	26. 10.	7,50	7,—	6,50	6,50							
h)	Im Alter von über 24 Jahren und	8. 10.	18,—	17,50	17,50	17,—							
	1 Jahr in demselben Betrieb	26. 10.	8,50	8,—	7,50	7,—							

Die Geschäftslage in der Papierverarbeitung im September

hat sich, wie der Bund deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verleges und der Papierverarbeitung berichtet, nach den eingegangenen Meldungen der Konventionen und Fachverbände durchgängig weiter verschlechtert. Teilweise ist die Lage geradezu katastrophal geworden. Schuld an diesen Zuständen sind zu einem großen Teil, wie allseitig betont wird, die hohen Papierpreise und die neuen Zahlungsbedingungen, die die Papierverarbeitung unfehlbar dem Ruin entgegenreiben. Die Papierverarbeitung soll etwas geben, was sie selbst nicht hat, und was sie von ihrer Kundschaft, die sich zum großen Teil aus vielen kleinen kapital-schwachen Abnehmern zusammensetzt, niemals bekommen wird. Neben dem Inlandmarkt hat auch der Auslandmarkt sehr gelitten.

Ueber die einzelnen Zweige der Papierverarbeitung wird berichtet:

Aus der Buntpapierindustrie wird eine wesentliche Verschlechterung des Beschäftigungsgrades gemeldet. Teilweise ist die Lage so, daß weder aus dem Inlande noch aus dem Auslande größere Aufträge kommen. Die wenigen Bestellungen, die noch eingeht, sind von kleinem Umfange. Die Rohstoffversorgung war befriedigend. Die Verkaufspreise wurden in so mäßiger Weise erhöht, daß bei den heutigen Rohstoffpreisen kein Auskommen mehr zu finden ist. Die Ausfuhr ist außerordentlich zurückgegangen, teilweise hat sie sogar vollständig aufgehört. Die bisherige starke Nachfrage aus dem Auslande geht an den ausländischen Wettbewerber. Selbst Hamburger Ausfuhrhäuser sind gezwungen, im Auslande zu kaufen, z. B. in Belgien.

Für Chromopapier und Karton war ein starkes Nachlassen der Auftragsbegehren bisher nicht zu beobachten, was wohl mit der Orientreise in Zusammenhang gebracht werden muß, da England jetzt weniger Aufträge erhält.

Der „Verein deutscher Gummieranstalten“ stellt fest, daß die Beschäftigung außerordentlich nachgelassen hat. Die Rohstoffversorgung war hinsichtlich Papier und Glycerin allenfalls hinlänglich. Die Verkaufspreise wurden entsprechend der Preisgestaltung der Rohstoffe durch Verbandsbeschlüsse um etwa 150 Proz. heraufgesetzt. Die Ausfuhr ist durch die erhöhte Ausfuhrabgabe außerordentlich zurückgegangen, und es ist zu befürchten, daß sie, sofern nicht ein beschleunigter Abbau der letzteren erfolgt, im Oktober gänzlich aufhört. Der Zwischenhandel ist sehr ruhig geworden.

Der „Verein für geliebten Photographierkation“ berichtet, daß die plötzliche Erhöhung der Rohstoffpreise um 200 Proz. jedes Geschäft unmöglich gemacht hat. Die Verkaufspreise wurden durch Konventionsbeschlüsse erhöht. Die Ausfuhr hat vollständig aufgehört.

In der Tüten- und Beutelherstellung ist ein ganz gewaltiger Rückschlag in der Beschäftigung eingetreten. Bisher waren die Fabriken noch durch ältere Auftragsbestände beschäftigt. Der Eingang von neuen Aufträgen hingegen ist äußerst gering. Die ganz gewaltige Preissteigerung veranlaßt die Verbraucher, nur das Notwendigste zu kaufen, und zu sparen, wo es nur geht. Vielfach ist auch eine Zurückhaltung der Ablieferung notwendig, da nicht immer mit Sicherheit angenommen werden kann, ob auch auf richtigen und pünktlichen Eingang der sehr angewachsenen Summen gerechnet werden kann.

In der Papierfabrikindustrie ist die Geschäftslage nach wie vor gut, was darauf zurückzuführen ist, daß die Verteuerung des Zuteiles zu einer größeren Nachfrage nach Papierläden führt; über die Rohstoffversorgung wird teilweise gesagt.

Der Verband Deutscher Faltschachtel-Fabrikanten teilt mit, daß die Beschäftigung nach wie vor sehr stark ist. Allerdings läßt der Auftragsbestand infolge zu hoher Preise nach. Verschiedentlich erfolgten auch Auftragsrückstellungen. Die Rohstofflieferung wies eine leichte Besserung auf. Die Rohstoffpreise erhöhten sich gegenüber dem Vormonat um 150 bis 170 Proz., Chemikalien teilweise noch mehr. Die Ausfuhr ging wesentlich zurück.

Nach den Berichten des Zentralverbandes Deutscher Kartonnagen-Fabrikanten E. B. hat sich die Beschäftigung gegenüber dem Vormonat weiter wesentlich verschlechtert. Das Inland hält infolge der hohen Preise Bestellungen zurück. Dergleichen war auch die Ausfuhr im September ganz unbedeutend.

Auch die Vereinigung deutscher Fabrikanten von pharmazeutischen Kartonnagen und Papierwaren meldet eine weitere ungünstige Entwicklung der Geschäftslage, da die sehr erhöhten Verkaufspreise die Auftraggeber zu noch stärkerer Zurückhaltung als bisher veranlaßt.

In der Wellpappenfabrikation hat die Beschäftigung wesentlich nachgelassen. Es wird vermutet, daß die Käufer zurückhalten in der festen Meinung, daß die Preise in der heutigen Höhe nicht bestehen bleiben können und daß in aller nächster Zeit mit einem Preissturz zu rechnen ist. Es wird seitens des Verbandes lebhaft bedauert, daß die deutsche Presse diese irriige Meinung noch nährt; über die Rohstoffversorgung war nicht zu klagen. Die Ausfuhr verlegte im letzten Monat vollkommen, und Auslandsaufträge liefen kaum ein.

Die Lage in der Geschäftsbücherfabrikation hat sich ebenfalls verschlechtert. Der kleine Papierhändler ist wegen Kapitalmangels im Einkauf sehr zurückhaltend, zumal die Verkaufspreise um 200 Proz. erhöht wurden. Auch die Ausfuhr ist zurückgegangen.

In der Tapetenindustrie wird eine Verschlechterung der Geschäftslage festgestellt. Die Rohstoffversorgung war sehr mangelhaft; die Rohstoffpreise für Papier und Farben haben sich außerordentlich erhöht, und zwar um 300 bzw. 100 Proz. Bei den Verkaufspreisen wurde durch Konventionsbeschlüsse eine Erhöhung um 100 Proz. vorgenommen. Im Buchdruckgewerbe hat sich die Beschäftigung weiterhin verschlechtert, weil bei den jetzigen Preisen Bücher immer schwerer abzugeben sind. Die ungeheuren Steigerungen der Inlandpreise für Metall, Papier, Farben, Leim usw. wirken auf den Absatz äußerst hemmend. Die Ausfuhr ging zurück.

Im Zeitungsdruckgewerbe hat sich infolge der weiteren Einschränkungen im Text und Rückgang im Anzeigenteil die Geschäftslage sehr verschlechtert.

Der Verband Deutscher Steindruckereibesitzer meldet ebenfalls Verschlechterung des Beschäftigungsgrades, weil schon seit Wochen die Auftragsbestände nachlassen. Die Ausfuhr ist ganz erheblich zurückgegangen. Das gleiche gilt für das Lichtdruckgewerbe.

Auch bei den chemographischen Anstalten und Kupferdruckereien Deutschlands geht die Beschäftigung weiter stark zurück. Die Gründe liegen in der Steigerung der Preise, sowie in der Unmöglichkeit für die abnehmenden Buchdrucker, Papier in genügendem Umfange zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe zu erhalten.

Der Verein der deutschen Spielkartfabriken meldet, daß die Beschäftigung sich nicht gebessert hat und daß die Betriebe in der Hauptsache

an alten Abschüssen zehren. Es ist dem kleinen Zwischenhändler oft nicht möglich, das nötige Geld zum Einkauf beizubringen. Die Preise mußten um 100 Proz. erhöht werden, wodurch die Mehrherstellungskosten nur zum Teil gedeckt werden. Auch die Abschüsse im Ausfuhrgeschäft ließen nach.

Nach unserer Arbeitslosenstatistik hat sich die Lage des Arbeitsmarktes im Monat September wohl wiederum um ein geringes verschlechtert, sie zeigt jedoch im großen und ganzen noch den günstigen Stand des ganzen Jahres. Nur die Zahl der Kurzarbeiter hat sich wesentlich erhöht. Vielleicht sind das die Vorboten einer größeren Arbeitslosigkeit. An Arbeitslosen selbst wurden 322 = 1,1 Prozent männliche und 708 = 1,0 Proz. weibliche Mitglieder ermittelt, gegen 206 bzw. 589 im Vormonat August. Die Zahl der Kurzarbeiter war dagegen auf 292 = 1,1 Proz. männliche und 1050 = 1,4 Proz. weibliche gestiegen, gegenüber 89 bzw. 168 im August. Von diesen 1342 Kurzarbeitern hatten 112 männliche und 362 weibliche in 16 Betrieben die wöchentliche Arbeitszeit um 1—8 Stunden verkürzt und 62 männliche sowie 210 weibliche in 11 Betrieben um 9—16 Stunden; während nur 16 männliche und 20 weibliche in 6 Betrieben 25 Stunden und mehr verkürzt arbeiteten. Arbeitslose und Kurzarbeiter waren somit am Stichtage 614 = 2,3 Proz. männliche und 1758 = 2,4 Proz. weibliche vorhanden.

Insgesamt wurden im 3. Quartal 1317 männliche und 3838 weibliche Arbeitslose festgestellt, von denen auf die ersteren zusammen 24 050, auf die weiblichen dagegen 43 139 Arbeitslosentage entfielen. Im Durchschnitt dauerte also ein Arbeitslosenfalle bei den männlichen Mitgliedern 18,3, bei den weiblichen nur 11,2 Tage, gegenüber 12,8 bzw. 10 Tagen im 2. Quartal. Von den gesamten Arbeitslosen des 3. Quartals wurden 485 männliche für 7535 Tage mit 86 924 Mt. und 771 weibliche für 13 906 Tage mit 89 307 Mt. unterstützt.

Der Mitgliederbestand hat sich seit dem letzten Monatsbericht um weitere 2000 gehoben, er betrug am Stichtage 99 006, und zwar 26 359 männliche und 72 647 weibliche.

An der vollständigen Berichterstattung fehlten folgende drei Zahlstellen mit 1527 Mitgliedern, die trotz dreimaliger Mahnung es nicht für nötig hielten, die Berichtskarte einzuliefern: Hirschberg, Halle und Braunschweig.

Tarifvertrag für die Tüten- und Beutelindustrie.

Am 12. und 13. Oktober haben in Leipzig zwischen dem „Apt“, Fachgruppe Tüten- und Beutelindustrie, und Vertretern unseres Verbandes Verhandlungen stattgefunden, deren Ziel war, für die in dieser Industrie tätige Arbeiterschaft einen Manteltarifvertrag und einen Lohnartikelfvertrag abzuschließen.

Bisher hatten wir in der Tüten- und Beutelindustrie vier voneinander abweichende Bezirkstarifverträge, und zwar einen solchen für den Bezirk Schlesien, für Süddeutschland, für Bayern-Württemberg und Baden, und einen solchen für Sachsen-

Thüringen und Anhalt. Seit geraumer Zeit waren nun Bestrebungen im Gange, diese Bezirksstaris zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuschließen und darüber hinaus auch die noch abseits stehenden Landbestelle zu erfassen. Dieses ohne Zweifel erstrebenswerte Ziel ist bis zu einem gewissen Grade erreicht worden. Es wurde ein Mantelarifvertrag abgeschlossen, der mit Ausnahme der sächsisch-thüringisch-anhaltischen Vertreter von allen anderen unterzeichnet wurde. Auch die letzteren werden nach den abgegebenen Erklärungen in den nächsten Wochen, nachdem ihnen Gelegenheit gegeben worden ist, im engeren Kreise zu dem Verhandlungsergebnis Stellung zu nehmen, dem Vertrag beitreten, so daß nunmehr mit einem einheitlichen Tarifvertrag gerechnet werden kann.

Als für unsere in dieser Industrie tätige Kollegenchaft besonders wichtiges Verhandlungsergebnis anzusehen werden, daß es nunmehr endlich gelungen ist, einen einheitlichen Arfortarif zu schaffen. Die übergroße Mehrzahl der Beschäftigten arbeitet im Arfort und die bisherige Bezahlungsweise war eine so mangelhafte und voneinander abweichende, daß darob in weitaus Kreisen eine durchaus berechtigte Unzufriedenheit herrschte. Die Arbeitgeber haben nun den bisher für Schleien gültigen Arfortarif mit ein paar Ausnahmen für das gesamte Gebiet übernommen und auch die ausgenommenen Preise sollen in den nächsten Wochen mit übernommen werden.

Für die im Zeitlohn tätige Arbeiterchaft wurde ein neues Lohnabkommen abgeschlossen, dem sämtliche Arbeitgebergruppen ohne jede Ausnahme beigetreten sind.

Im bezug auf das Ortsklassenverzeichnis wurden nachfolgende Veränderungen getroffen.

Es wurden verlegt nach Ortsklasse I: Frankfurt am Main**, Mannheim**, Ludwigsbafen**, Weing, Wiesbaden (letzteres ab 1. April 1923).

Nach Klasse II: Hanau, Freiburg*, Karlsruhe*, Heilbronn, Würzburg.

Nach Klasse III: Pfungstadt*, Gölzig*, Bayreuth.

Nach Klasse IV: Saulgau*.

Mit vorläufiger Wirkung werden neu eingereiht: Feudingen in Klasse IV.

Glogau, Briesg, Oppeln, Ratibor, Ohlau-Tiergarten in Klasse III.

Altmüh, Neumied a. Rh. (die örtlich getroffene Sondervereinbarung bleibt bestehen) in Klasse II.

Rhin a. Rh. in Klasse I.

Protokollnotiz: Sofern sich auf Grund von Veränderungen im Ortsklassenverzeichnis verwandter Branchen des graphischen Gewerbes die Notwendigkeit ergibt, treten die Parteien zu neuer Verhandlung über die Einteilung der Orte des früheren südwestdeutschen Tarifs mit Wirkung für die Zeit nach dem 31. März zusammen.

Im Anschluß hieran ist noch zu sagen, daß nunmehr der in Bände im Druck erscheinende Mantelarifvertrag und das jeweils gültige Lohnabkommen von unseren Mitglidern mit allen uns zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln auch in denjenigen Orten und Landbestellen, die noch abseits stehen, zur Einführung gebracht werden muß. Es wird und muß uns dann gelingen, einen lang gehegten Wunsch breiter Kreise unserer Mitglieder zu verwirklichen, auch in der Tüten- und Beutelindustrie zu einem Reichstaris zu kommen.

Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen finden am 9. November in Würzburg statt.

Wir lassen nachstehend die neuen Lohnsätze folgen, wie sie ab der Lohnwoche Geltung haben, in die der 21. Oktober fällt:

Ortsklasse	I	II	III	IV
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Männliche Arbeiter:				
im 15. Lebensjahr	25,—	23,50	22,50	20,75
" 16. "	29,50	25,50	24,50	23,50
" 17. "	33,—	31,25	29,50	28,25
" 18. "	41,50	40,—	38,25	36,50
" 19. "	50,—	47,50	46,25	44,50
" 20. "	58,75	56,—	54,25	52,50
" 21. "	65,—	62,25	60,25	57,75
über 21 Jahre	72,50	69,25	66,75	64,—
" 24. "	80,50	77,—	74,25	71,—
Facharbeiter				
über 24 Jahre	84,75	81,25	78,50	75,25
Vorarbeiter				
über 24 Jahre	87,75	83,50	80,75	77,75
Verheiratete männliche Arbeiter erhalten 4 Mk. pro Stunde mehr.				

** In diesen Orten bleiben die örtlich getroffene Sondervereinbarungen bestehen.

Ortsklasse	I	II	III	IV
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Arbeiterinnen:				
14—15 Jahre	19,25	18,—	16,25	15,50
15—16 "	21,75	20,25	18,50	17,50
16—17 "	25,75	24,—	22,50	20,75
17—18 "	29,25	28,—	26,—	24,50
18—19 "	35,75	34,—	32,50	30,50
19—21 "	40,50	38,50	36,75	34,50
über 21 Jahre	45,25	42,75	41,—	38,50
21. " und ein Jahr im Beruf	48,25	46,—	43,75	41,25

Arbeiterinnen über 17 Jahre an Tüten-, Beutel- und Druckmaschinen, die mindestens ein Jahr im Beruf tätig sind:

Ortsklasse	I	II	III	IV
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
im 2. Berufsjahr	42,—	40,—	38,25	36,—
" 3. "	47,—	44,75	42,75	40,25
" 4. "	51,75	49,50	47,25	44,50

Die Sätze gelten ab der Lohnwoche, in die der 21. Oktober fällt (jedoch frühestens ab 19. Oktober) bis zu der Lohnwoche einschließlich, in die der 4. November fällt (längstens bis zum 9. November 1922 einschließlich).

Das Reichsmietengesetz

Das am 1. Oktober d. J. in Kraft getreten ist, macht es dringend notwendig, daß die Mieter sich mehr und mehr mit seinen einschlägigen Bestimmungen beschäftigen. So besteht auch jetzt noch über das Inkrafttreten der „gesetzlichen Miete“ vielfach Unklarheit. Es sei deshalb auf die einschlägigen Bestimmungen auch hier kurz hingewiesen.

Die gesetzliche Miete tritt in Kraft, wenn sie von einem der Kontrahenten des Mietvertrages rechtzeitig beantragt ist. „Rechtzeitig“ ist es in diesem Falle, wenn der Antrag bis zum Kündigungstermin gestellt ist. Für Mietverhältnisse mit monatlicher Kündigung konnte also frühestens am 1. August d. J. die gesetzliche Miete in Kraft treten, wenn sie bis zum 15. Juli beantragt war. Für Mietverhältnisse mit vierteljährlicher Kündigung konnte die gesetzliche Miete frühestens am 1. Oktober d. J. in Kraft treten, wenn sie bis spätestens zum 4. Juli beantragt war. Als Antrag gilt die schriftliche oder mündliche Mitteilung des einen Kontrahenten an den andern. In dieser Termin nicht innegehalten, so kann erst zum nächsten Kündigungstermin der Antrag gestellt werden.

Die Berechnung der gesetzlichen Miete erfolgt nach der Friedensmiete, wie sie am 1. Juli 1914 in Geltung war. Von der Friedensmiete sind 20 Proz. abzugeben für Betriebs- und Unterhaltskosten. Der verbleibende Betrag gilt als Grundmiete. Zu der Grundmiete können 465 Proz. Zuschläge gemacht werden, und zwar 25 Proz. für Zinssteigerung, 140 Proz. für Betriebskosten (Steuern, Abgaben usw.) und 300 Proz. für laufende Instandhaltung. Die Wohnungsabgabe wird extra erhoben und ist von den Bewohnern nach der Höhe der Miete anteilmäßig zu tragen. Außerdem können Zuschläge für Zentralheizung (1—9 Proz.) für Warmwassererwärmung (3 Proz.) sowie für besondere Rechenleistungen, wie Treppenbeleuchtung und -reinigung, Fahrstuhl, Gasversorgung usw. (1—10 Proz.) erfolgen. Ebenfalls kann bei Übermietung ein Zuschlag von 10 bis 20 Proz. für den betreffenden Raum erfolgen. Die Kosten für große Instandsetzungsarbeiten (Dachreparatur usw.) können durch Umlage von den Bewohnern gedeckt werden. Zur Vornahme solcher Arbeiten ist die Zustimmung des Mieters resp. der Mietervertretung erforderlich. Da für die meisten Mietverhältnisse nur 465 Proz. Zuschläge zur Grundmiete in Betracht kommen, lassen wir hier als Beispiel eine Aufstellung folgen, die die Berechnung der gesetzlichen Miete veranschaulicht:

Friedensmiete	300 Mk.
Abzug für Betriebskosten 20 Proz.	60 Mk.
Grundmiete	240 Mk.
Zuschlag für Zinssteigerung 25 Proz.	60 Mk.
Zuschlag für Betriebskosten 140 Proz.	336 Mk.
Zuschlag für laufende Instandsetz. 300 Proz.	720 Mk.
Gesetzliche Miete	1356 Mk.

Dazu kommen Wohnungsabgabe und event. Umlage für große Instandsetzungsarbeiten.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß in strittigen Fällen Arbeitersekretariat und Mieterbund Auskunft erteilen.

*) Bei den Orten mit 25 Proz. Lokalzuschlag im Buchdruckerarif erhöhen sich diese Sätze um 50 Pf. pro Stunde.

Zweite Sitzung des A.D.G.-Ausschusses.

Zu dieser vom 28. September bis zum 1. Oktober dauernden zweiten Sitzung der zweiten Geschäftsperiode waren außer den Verbandsvorsitzenden auch Vertreter der gewerkschaftlichen Landesorganisationen geladen und erschienen.

Der Bundesvorsitzende Leipart eröffnete die Sitzung mit dem Ausdruck der Freude und Genugtuung darüber, daß es zu einer Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien gekommen ist und erstattete sodann eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes seit der letzten Ausschusssitzung. Was zur Linderung der Not erreicht werden konnte, habe alle nicht beklagt. Die Kommunisten benutzten die Kollage des deutschen Volkes zur Förderung ihrer Parteizwecke. Dazu sollte auch der von ihnen vorbereitete Reichsbeirätekongreß dienen. Da es nicht möglich war, in kurzer Zeit eine Ausschusssitzung einzuberufen, die zu diesem hätte Stellung nehmen können, hatte der Vorstand eine Besprechung der in Berlin anässigen Verbandsvorsitzenden einberufen. Von dieser Sitzung sei in der kommunistischen Presse ein entstellter Bericht erschienen. Gegen diesen legte Leipart Verwahrung ein. In betreff des S t i n n e s - A b k o m m e n s stellte Redner von neuem fest, daß der Bundesvorstand erst durch die Presse davon Kenntnis erhalten habe und ging auf seine Borgeschäfte ein. Ferner behandelte er noch den Aufbauvorschlag des Verbandes sozialer Betriebe. Durch dessen Beteiligung am Wiederaufbau sei auch eine gewisse Kontrolle der kapitalistischen Uteferungsgeschäfte und besonders der dabei erzielten Gewinne möglich. Leipart behandelte unter anderem noch kurz das Uebergriffenabkommen im Bergbau und die Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Ueber die Bemühungen des Bundesvorstandes zur Linderung der Leuzung berichtete im besonderen Genosse Graßmann in ausführlicher Weise, wobei er die Wirtschaftslage eingehend behandelte und besonders betonte, daß die gewerkschaftlichen Spitzenverbände früher aufgefunden wären, um zur neuesten Verschärfung der Kollage Stellung zu nehmen als ihre verschiedenen Kritiker. Redner ging sodann ausführlich auf die (schon früher veröffentlichten) Vorschläge ein. Ein Teil der Maßnahmen zur Befreiung der Ausuhr werde selber erschwert durch eigene Gewerkschaftsregeln, besonders durch Betriebsräte, die sich von Unternehmern breitschlagen lassen. Wie die Stellungnahme der sozialdemokratischen Parteilage zeigt, sind die früher getrennten und jetzt wieder vereinigten Parteien mit den Vorschlägen der Gewerkschaften einverstanden. Ebenfalls wurde mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund Rücksprache genommen. Auch über die Rückkehr zu bedingter Zwangsarbeit wurde mit dem Ernährungsminister und dem Reichsanwalt verhandelt. Es sei indessen zu befürchten, daß die geistige Einstellung dafür nicht vorhanden sei. Auch bestche bei den Vertretern der christlichen Gewerkschaften keine Neigung, so weit zu gehen. Unter anderem schilderte Redner die Schwierigkeiten der Ausuhrbefämpfung. Es sei nicht zu umgehen, daß auch Gewerkschaftsangehörige geschädigt werden, die solchen Industrien angehören, die durch die geforderten Maßnahmen betroffen werden. Die Not der Allgemeinheit sei jedoch so groß, daß sich dies nicht vermeiden lasse. Möglichenfalls müßten die geschädigten Arbeiter aus Reichsmitteln unterstützt werden.

Bessere brauchbare Vorschläge seien bisher nicht zu erlangen gewesen, soweit es sich eben um durchführbare Vorschläge und nicht um Phrasen handelte. Die Durchführung der Vorschläge hätte im günstigsten Falle eine Verminderung der schlimmsten Not zur Folge. Auch kein Betriebsrätekongreß könne einen anderen Ausweg zeigen. Auch die Uebernahme der wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse könne nichts Wesentliches an unserm Verhältnis zum Auslande ändern. Zunächst müsse versucht werden, mit Lohnforderungen der Verteuerung der Lebenshaltung soweit als möglich nachzukommen. Dies zwinge dazu, die bisherige Preispolitik zum Teil zu verlassen. Den Sozialrentnern usw. seien Zuschüsse zu gewähren. Vor allen Dingen sei alles zu tun, was dazu beiträgt, im Auslande die geistige Atmosphäre zu schaffen, die weitere Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland unmöglich macht. Voraussetzung dazu sei das Aufheben der Zwillingkeiten unter der deutschen Arbeiterchaft. Selbst das von uns Geforderte werde verlagern, wenn der Druck einer dahinter stehenden einigen Masse verjage.

An diesen Bericht schloß sich eine eineinhalb-tägige, sehr gründliche und sachliche Aussprache, an der sich nicht weniger als 25 Redner beteiligten, darunter auch mehrere Vertreter der Landesorganisationen. In der Beurteilung der einzelnen Maßnahmen des A.D.G. gingen die Meinungen natürlich auseinander; besonders hatten die Vertreter der Be-

rufe, deren Angehörige durch die geforderten Maßnahmen in ihren Arbeitsmöglichkeiten beeinträchtigt werden, an Einzelheiten Ausstellungen zu machen. Diese Ausstellungen erweiterten Widerstand bei anderen Nutzern, wobei jedoch betont wurde, daß die geschädigten Arbeiter nicht schuldlos gelassen werden dürften. Im übrigen wurden so ziemlich alle Seiten des Wirtschaftslebens beleuchtet. Es wurde auf die Gefahren hingewiesen, die dem Wirtschaftstag drohen. Auch die Festigung der deutschen Währung wurde erwogen, besonders die Berechnung der Preise und Löhne in Goldmark, die allerdings noch nicht dazu führen würde, daß die Löhne auf den Stand der Vorkriegszeit, geschweige denn auf den gleichen Stand mit den Löhnen im Ausland zu stehen kämen. Weiter schloß es nicht an scharfer Kritik an den Maßnahmen, die bisher zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft getroffen worden sind. Es mußte jedoch auch anerkannt werden, daß das heutige Elend zum überwiegenden Teile auf Ursachen beruht, die jenseits des Einflusses der Gewerkschaften stehen. Verschiedene Redner hoben die Notwendigkeit hervor, daß noch weitere Volkswirtschaftlicher herangezogen werden müßten, um dem Bundesvorstand bei der Beurteilung der Wirtschaftslage zur Seite zu stehen.

Einige Vertreter der Landesorganisationen haben unter anderem hervor, daß es dem von den Kommunisten geforderten Reichsbetriebsrätekongreß gar nicht möglich sei, die Aufgaben zu erfüllen, die er nach den Angaben der kommunistischen Presse erfüllen soll. Auch mußten sie Mitteilungen zu machen, wie stellenweise die Forderung nach einem solchen Kongreß zu stande kam.

Wie Grafmann in seinem Schlusswort hervorheben konnte, machte sich im Ausschuss eine grundsätzliche gegenwärtige Stimmung gegen die Politik des Bundesvorstandes nicht geltend. Grafmann betonte nochmals die Bereitwilligkeit des Bundesvorstandes, alle Vorschläge zu prüfen und, soweit die Möglichkeit der Durchführung besteht, sie zur Ausführung zu bringen. Der Glaube der Massen an die Macht der Gewerkschaften müsse wieder auf ein natürliches Maß zurückgeschraubt werden. Mit Leuten, denen es gar nicht daran liegt, dem Proletariat zu helfen, sondern nur politische Ziele zu verfolgen, sei jedoch eine Auseinandersetzung unmöglich. Was könne ein kommunistischer Betriebsrätekongreß tun? Resolutionen fassen, Kommissionen wählen, Forderungen aufstellen und den Gewerkschaften den Speisegabel zur Bewirtlichung übergeben. Mit gerader und ehrlicher Politik würden die Gewerkschaften auch den Massen gegenüber bestehen können und vor allen Dingen, wenn sie der Arbeiterschaft die Frage vorhalten: Wie sähe es denn aus, wenn die Gewerkschaften nicht vorhanden wären?

Vorsitzender Leipart konnte feststellen, daß der Ausschuss keine Anwendungen gegen die Stellung des Bundesvorstandes zum Stinnes-Abkommen und zu den Bestrebungen erhoben habe, die deutsche Sprache beim Internationalen Arbeitsamt als Amtssprache einzuführen und daß, wenn dies wiederum abgelehnt werde, zu erklären sei, daß durch diese Ablehnung das Interesse des ADGB an den Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes stark herabgemindert werde. In betreff der Gewerkschaftlichen Beamtenszentrale hätten die beteiligten Verbände sich verständigt, unter gewissen Voraussetzungen, die an ein vertragsmäßiges Zusammenarbeiten zu knüpfen seien, sich dem neuen Beamtensbunde mit ihren Beamtensmitgliedern anzuschließen. Die Verbände würden alsdann mit diesem Teil ihrer Mitglieder aus dem ADGB auscheiden. Dann einfallende natürlich die Notwendigkeit, die Gewerkschaftliche Beamtenszentrale noch weiter aufrechtzuerhalten. Der Ausschuss ermächtigte daraufhin den Bundesvorstand, die Aufhebung der Gewerkschaftlichen Beamtenszentrale auszusprechen. Wenn ferner die von den in Frage kommenden Verbänden zu stellenden Bedingungen für den Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtensbund erfüllt sind, so soll der Bundesvorstand ebenfalls ermächtigt sein, mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtensbund in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen freien Angeestelltenbund einen Organisationsvertrag abzuschließen, der alle drei Spitzenorganisationen umfaßt.

In der Frage des Brotpreises stellte sich eine große Mehrheit des Bundesausschusses auf den Standpunkt, daß es nicht zu empfehlen sei, daß das Reich wieder Zuschüsse leistet, um den Brotpreis niedriger zu halten. Es sei von den Arbeitgebern zu fordern, daß sie die Lohnherabsetzungen tragen, die erforderlich sind, um den vollen Preis des Brotes zahlen zu können, um so mehr, da die organisierten Arbeiter des Auslandes es ebenfalls nicht billigen, daß es den deutschen Unternehmern durch die Zuschusswirtschaft ermöglicht werde, die Löhne niedriger zu halten als sie eigentlich sein müßten.

Einer vom Bundesvorstand vorgelegten Entschließung über das Uebersehichtenwesen im Bergbau stimmte der Ausschuss einmütig zu. Sie stimmt dem Uebersehichtenabkommen im Kohlenbergbau

zu und spricht den Bergarbeitern Anerkennung und Dank aus für das Opfer, das sie mit ihrer Mehrleistung dem deutschen Volke und damit auch der geschwächten Arbeiterschaft tarbringen. Durch die Uebersehichten darf aber der geistliche Siebendundentag im Bergbau keinesfalls in Gefahr gebracht werden. Gefordert wurde weiter eine Veränderung der leistungsbewertenden Art der Kohlenverteilung und Bekämpfung weiterer Preissteigerungen.

Der Bundesvorstand wird weiter beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Bergarbeiterverband und den anderen beteiligten Verbänden seine Bemühungen, daß die in den Uebersehichten erzeugten Kohlenmengen für eine verbilligte Herstellung von Baustoffen zum inländischen Wohnungsbau verwendet werden, mit allem Nachdruck fortzusetzen.

Einer von den Vertretern des Baugewerbes eingebrachten Entschließung zur Lage im Baugewerbe stimmte der Bundesausschuss zu. Sie verurteilt die ungeheure Preissteigerung auf dem Baumarkt mit ihren katastrophalen Folgen, die eine völlige Stilllegung der Bautätigkeit befürchten lassen, und fordert den Bundesausschuss die schärfste Bekämpfung des Baustoffwunders sowie Maßnahmen zur Verbilligung der Bauausführungen.

Der Bundesausschuss beauftragte den Bundesvorstand, sofort bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und jede geeignete Maßnahme zu ergreifen, um den Baustoffwunder zu beseitigen und die Fortführung der Bautätigkeit zu gewährleisten.

Ein Antrag des Bundesvorstandes auf Erhöhung des Bundesbeitrags führte zu dem Beschluß, den Beitrag für jedes Gewerkschaftsmitglied auf vierteljährlich 2 M. zu erhöhen.

Um weitere Mittel für das Haus des ADGB zu beschaffen, wurde beschlossen, von den Verbänden einen Beitrag von 3 M. für jedes Mitglied zu erheben. Ferner sollen noch Darlehnscheine ausgegeben werden, die von denjenigen Gewerkschaften übernommen werden können, die Gelder dazu zur Verfügung haben und die zu verzinsen sind.

Sobald beschlossene sich der Ausschuss mit dem Internationalen Betriebsrätekongreß, der vom 10. bis zum 15. Dezember in Haag stattfinden soll. Schon der letzte Gewerkschaftskongreß hatte beschlossen, daß dieser Kongreß zu beschließen sei. Der Ausschuss empfahl den Verbänden, diesen Kongreß möglichst zahlreich zu beschicken.

Zu einer ausgedehnten Aussprache kam es bei der endgültigen Beschlußfassung über die Regeln für die Führung von Lohnbewegungen und Unterstreichung von Streiks in gemischten Betrieben, die der Gewerkschaftskongreß dem Bundesausschuss übertragen hatte. Ganz besonders wurde die Stellung zur Technischen Nothilfe erörtert. Die dem Kongreß vorgelegte Fassung erfuhr im zweiten Abschnitt § 11 eine kleine Ergänzung und wurde in dieser Form gegen sieben Stimmen angenommen.

Die in der Tagesordnung vorgesehene Erledigung der sonstigen vom Kongreß überwiesenen Anträge mußten wegen Zeitmangels auf die nächste Ausschusssitzung verschoben werden.

Zu einer langen Aussprache kam es ferner bei dem Tagesordnungspunkt: Ausführung der Kongreßbeschlüsse über die Organisationsfrage. Es wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die Vorschläge zur Zusammenfassung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden machen soll. Die Kommission setzt sich aus je einem Vertreter folgender Verbände zusammen: Transportarbeiter, Metallarbeiter, Bauarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bergarbeiter, Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Schuhmacher, Textilarbeiter, Walzschmitten und Heizer, Holzarbeiter, Zimmerer, Bäckerelbender, Buchbinder, Eisenbahner, Fabrikarbeiter, Steinseher. Außerdem soll ein Vertreter des Bundesvorstandes der Kommission angehören. Ferner soll es dem AZ-Bund freigestellt werden, eine Vertretung zu entsenden.

Als Ergebnis der Aussprache über diesen Punkt konnte Leipart feststellen, daß vollkommene Einstimmigkeit darüber herrscht, daß der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses den Vorstand und Ausschuss beauftragt, eine Vorlage über einen organischen Aufbau der Industrieverbände auszuarbeiten, daß diese Vorlage den beteiligten Verbänden zur Beratung zu unterbreiten ist und daß, wenn die Beratung unter den Verbänden über diese Vorlage nicht zu einer Verständigung führt, alsdann darüber auf dem nächsten Kongreß Bericht zu erstatten ist, daß also frühestens der nächste Kongreß eine endgültige Entscheidung herbeiführen kann, die dann als Kongreßbeschluss für die Gesamtheit der dem Bunde angeschlossenen Verbände gelten würde. Bis zu einer Veränderung gelten selbstverständlich die jetzigen Bundesstatuten.

Zum 8. Punkt der Tagesordnung: „Verschiedenes“ lag eine Beschwerde des Dachdeckerverbandes vor, weil er durch einen Buchdruckerstreik in Frankfurt a. M. geschädigt und in seiner Tätigkeit gehemmt worden sei. Nach kurzer Aussprache

am der Bundesvorstand zu folgender Stellungnahme:

Der Kampf der Arbeiterschaft um die Verbesserung ihrer Lage darf nicht die Arbeiterbewegung selbst gefährden, wie es geschieht, wenn trotz Bewilligung der Forderungen die Herstellung der Arbeitsbedingungen und der gewerkschaftlichen Druckmaschinen, die Fertigstellung dringender Bauarbeiten oder Reparaturen in Gewerkschaftsbüchern usw. verweigert wird. Eine derartige Streikpolitik nützt den Streikenden nichts, sie schädigt aber die Bewegung im ganzen und sollte deshalb künftighin unbedingt vermieden werden.

Aus unserem Beruf.

Unternehmererkenntnis.

Vor circa 12 Jahren mußte die Firma K a v e r K ö l l e in Berlin wegen Zahlungsunvermögen schließen, und unsere dort in Arbeit stehenden Kolleginnen und Kollegen büßten ihren Lohn ein. Was für Jammer mag es damals unter den Beteiligten gegeben haben. Herrn Kölle aber hat der Verlust weit weniger Schaden zugefügt, denn einige Jahre später gründete er unter dem Namen seiner Frau ein neues Unternehmen, und zwar mit mehr Erfolg. Da Herr Kölle nun inzwischen Wittenbesitzer geworden ist, so ist dies ein Zeichen, daß der neue Betrieb gut im Schwung ist, also haben wiederum Arbeiter ihre Schuldigkeit getan.

Endlich nun nach Jahren möchte Herr Kölle sein Gewissen beruhigen, und er erläßt den Aufruf, alle damals durch ihn geschädigten Arbeiter möchten ihren noch ausstehenden Lohn abholen. Alle Achtung! Jetzt, nachdem unsere Mark weit unter Null gesunken ist, werden die Kolleginnen vielleicht noch eine Tafel Schokolade und die Kollegen ein paar Zigaretten dafür kaufen können, wo sie doch für dasselbe Geld 1910 noch eine ganze Woche leben konnten. Wenn nun Herr Kölle ein Menschenfreund wäre, dann hätte er zum mindesten das Geld entsprechend seiner Entwertung zahlen müssen. So aber hat er ein Almosen gegeben. Hoffentlich werden alle Kolleginnen und Kollegen aus dieser Unternehmergrünlichkeit ihre Schlüsse ziehen.

Zaristische Preisausschlüsse.

Die Preisprüfungs- und Beratungskommission des Bundes Deutscher Buchbinder-Innungen und der Vereinigung Süddeutscher Buchbindermeister-Verbände haben als Leuerungsgrundlage auf die Preise des Bundeszertifikats festgelegt: Vom 15. bis 30. September 1922 für Druckbücher 14 000 Proz. und für Geschäftsbücher 16 000 Proz., ab 1. Oktober 15 000 bzw. 17 000 Proz.

Die Notlage des preussischen Volksbüchereiwesens.

Man schreibt uns: Seit etwa zwei Jahrzehnten ist in den Großstädten Preußens, dank der wachsenden Einsicht der Gemeindeverwaltungen, das Volksbüchereiwesen über das Stadium literarischer Supplementen für die geistig Ärmsten immer mehr hinausgewachsen, und auch die ländlichen Volksbüchereien haben von dieser Entwicklung Nutzen gezogen. Heute kann man sagen, daß wir den großen Vorsprung, den England und Amerika auf dem Gebiete der volkstümlichen Bücherei vor uns hatten, wenn auch noch lange nicht hinsichtlich der Ausbreitung und der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Büchereiwesens, so doch hinsichtlich seiner organisatorischen und literarischen Qualität eingeholt haben. Von einigen Provinzen abgesehen, die hinter der allgemeinen Entwicklung dreinhinken, ist in Preußen nun die Plattform erreicht, auf der die Volksbüchereiarbeit allen Kreisen der Bevölkerung von Stadt und Land wahrhafte literarische Seelsorge und weltanschaulich fundierte Belehrung zu bieten grundsätzlich in der Lage ist. Und wer wollte bestreiten, daß diese volkstümlich-soziale Aufgabe heute in einer Zeit gewaltiger Umwälzung und beängstigend steigender Bücherpreise dringender ist als je? Da ist es denn um so verwunderlicher, daß das preussische Kultusministerium immer noch dieselbe Summe für die Förderung des preussischen Volksbüchereiwesens auswendet, die es schon in den Kriegsjahren in seinem Haushalt stehen hatte, nämlich ganze 150 000 Mark! Mit Recht ist bereits in den Jahren vor Beginn der Geldentwertung von Führern des deutschen Volksbüchereiwesens immer wieder darauf hingewiesen worden, wie wenig diese Summe den Pflichten eines so großen Staatswesens auf diesem wichtigen Gebiete geistiger Wohlfahrtspflege angemessen sei. Und damals betrug die Bücherpreise und Personalkosten den sechzigsten bis hundertsten Teil der heutigen! Damals existierten halb so viel Beratungsstellen, die ihren Haushalt aus jenem Fonds bestreiten mußten! Es ist hohe Zeit, daß der preussische Landtag sich einmal um diesen Mißstand kümmert. Sonst wird bald ein Stillstand eintreten,

das von der öffentlichen Meinung freilich nie gebührend beachtet worden ist, auf das wir aber ein Recht hätten stolz zu sein, und eine Entwicklung, die für den geistig-seelischen Wiederaufbau unseres Volkes wichtiger ist als manche Ausgabe, für die im preussischen Staatshaushalt unbedenklich Millionen ausgeworfen werden, zu rascher Verkümmern verurteilt sein.

Buchbinder-Fachschule an der Städtischen Gewerbeschule in Charlottenburg.

Die von der Buchbindervereinigungsvereinigung der westlichen Vororte Berlins ins Leben gerufene Fachschule hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens bewiesen, daß eine solche nicht nur lebensfähig, sondern auch eine Notwendigkeit ist. Die Erfolge haben gezeigt, daß der hier besetzte Lehrgang und die Teilung in drei Klassen (Unter-, Mittel- und Oberstufe) einer sachgemäßen Ausbildung unseres Berufsnachwuchses und der Ergänzung der Berufstätigkeit ungemein dienlich ist.

Die Unterstufe (für Lehrlinge bis zum vollendeten 2. Lehrjahr) beginnt mit der Herstellung der einfachen Broschur und endet mit dem Halbleinband. Einfache Farbdrücke, Anfertigung von Rätzen, Schreibunterlagen, Wappen usw. Die Mittelstufe (für Lehrlinge im 3. Lehrjahr) leitet den Lehrling bis zum guten Halbfranzband mit Goldoberschnitt. Ferner wird der Halbpergamamentband und der zeitgemäße Pappband gelehrt. Die Anfertigung von Leberzugpapieren, Verordnungen zum Handvergoldeten, Unterricht in Materialkunde und im Kalkulieren vervollständigenden Lehrgang. Die Oberstufe (für Lehrlinge im letzten Lehrjahr und für Gehilfen) soll den beschriebenen Lehrgang und den jungen Gehilfen, der Wert auf Vervollständigung seines Wissens und sachlichen Könnens legt, in die Kunstfertigkeiten unseres Handwerks einführen. Hier wird der elegante Halbfranzband, Ganzleder- und Pergamentband nach bibliophilen Regeln gelehrt und die Handvergoldung und der Dekorationsdruck besonders gepflegt. Unsere jungen Gehilfen haben somit die beste Gelegenheit, sich hier in den Abendstunden ohne allzugroße finanzielle Opfer weiser zu bilden, um als Qualitätsarbeiter in besser bezahlte Stellungen zu kommen, oder sich zur Meisterprüfung vorzubereiten.

Der Unterricht für die Oberstufe (Dienstags und Donnerstags von 8 bis 9 Uhr) begann am 10. Oktober für die Unterstufe (Mittwochs von 5 bis 9 Uhr) am 11. Oktober und für die Mittelstufe (Freitags von 5 bis 9 Uhr) am 13. Oktober. Anmeldungen werden im Geschäftszimmer der Städt. Gewerbeschule, Charlottenburg, Wilhelmplatz 1 oder am ersten Unterrichtsabend in den Räumen der Fachschule, Charlottenburg, Bismarckstr. 49, Seitenflügel 4 Treppen, entgegengenommen. Das Schulgeld beträgt für die Unter- und Mittelstufe bis auf weiteres 40 M., und für die Oberstufe 90 M. für das Winterhalbjahr.

Wieviel Bücher gibt es in der Welt?

Ueber die Zahl der Bücher, die seit der Erfindung des Buchdrucks um die Mitte des 15. Jahrhunderts erschienen, sind bereits vielfache Schätzungen gemacht worden. Ein englischer Bibliothekar führt an, daß man die Zahl der sämtlichen bisher gedruckten Werke auf 10 bis 20 Millionen veranschlagt. Die Zahl der sogenannten Inkunabeln, der Frühdrucke, die noch ins 15. Jahrhundert fallen, wird auf 40 000 Bände geschätzt. Die Neuercheinungen des 16. Jahrhunderts nimmt man mit 570 000 Bänden an, im 17. Jahrhundert waren es schon 1 250 000, im 18. Jahrhundert 2 Millionen und im 19. Jahrhundert 8 250 000. Damit würde die Gesamtsumme der gedruckten Werke bis zum Anfang unseres Jahrhunderts auf 12 110 000 verschiedene Bücher beziffert werden. Nicht gerechnet sind dabei die periodischen Veröffentlichungen, die man nicht als Bücher bezeichnen kann und deren Zahl auf etwa 15 Millionen geschätzt wird. Die Menge von Neuercheinungen, die alljährlich in unserem Jahrhundert herausgegeben worden sind, ist auch nicht ganz genau zu bestimmen. Man schätzt aber die Bücherernte eines Jahres auf mindestens 283 000 Bände. Nimmt man die durchschnittliche Zahl der Neuercheinungen in den letzten 22 Jahren nur mit 200 000 Bänden das Jahr an, so ergäbe das eine Summe von 4 400 000 Bänden seit 1900. Nach diesen Berechnungen beträgt also die Gesamtzahl der gedruckten Werke in der Welt über 16 1/2 Millionen. Fragt man nun weiter nach dem Wert dieser ungeheuren Zahl, so kommt man mit dem Bibliothekar zu sehr pessimistischen Betrachtungen. Der Bücherkenner behauptet, daß von diesen 16 1/2 Millionen Neuercheinungen höchstens 50 000 der dauernden Erhaltung wert gewesen seien; vielleicht seien es auch nur 20 000 Bücher, die sich noch lebendig erhalten haben, und jedenfalls würde es einem schwer werden, auch nur 5000 Büchertitel aufzuzählen von Werken, deren Verlust die Menschheit arm machen würde.

Wie das Buch entstand.

Die ganze Kultur des Altertums hat sich ohne das Buch in unserem Sinne befehlen müssen. Niemand konnte damals beim Lesen behaglich seine Zigarre rauchen, selbst vorausgesetzt, daß es diese Kulturereignisse damals schon gegeben hätte. Beim Lesen der Papyrusrolle, die die Stelle unseres heutigen Buches vertrat, waren nämlich beide Hände voll beschäftigt. Es war sehr un bequem, den fertig geliesenen Teil immer wieder aufzurollen und den zu lesenden Teil abzurollen. Auch waren die Rollen wegen ihres manchmal sehr großen Gewichtes recht unhandlich, und man mußte beim Lesen sehr vorsichtig sein, um das leichtzerbrechliche Material nicht zu beschädigen. In alle diese Räte des antiken Lesers führt uns ein Aufsatz „Das Buch im Altertum“ ein, den Dr. Erich Friedrich Lehmann in der bei Stobbe in München erscheinenden Zeitschrift „Bücherkunde“ veröffentlicht. Neben den Tonäpfeln, auf die die alten Babylonier schrieben, standen in den Anfängen der Kultur als Schreibmaterial verschiedene Stoffe, wie Bast, Leinwand, Holztafel, Weisplatten, auch Häute. Aber allmählich erlangte der ägyptische Papyrus die alleinige Herrschaft und wurde der allgemein benutzte Schreibstoff des Altertums. Die Form und Ausfertigung der Papyrusrolle wurde wesentlich bestimmt durch die berühmte Bibliothek der Ptolomäer in Alexandria, die in der späteren Zeit der beste Kunde der ägyptischen Papyrusfabrikation war. Die Schriftsteller richteten sich sogar im Umfang der einzelnen Abschnitte ihrer Werke nach der Normalgröße der Rollen, die in dieser Bibliothek eingeführt war, und so entstanden die einzelnen „Bücher“, d. h. Rollen, in die das ganze Werk zerfiel. Das erste Blatt der Rolle wurde gewöhnlich ebenso wie das letzte als „Schubblatt“ freigelassen. Die Rollen hatten häufig einen bunten „Schnitt“ am oberen und unteren Ende, und ein leichter Geruch von Federnöl, durch den der „Bücherwurm“ ferngehalten werden sollte, ging von ihnen aus. Dieser Geruch war für Bibliotheken und Buchhandlungen geradezu bezeichnend. Jahrhunderte hindurch war die Papyrusrolle die Trägerin der antiken Kultur, obwohl das Schreiben und Lesen in ihr recht un bequem, ihre Lebensdauer sehr begrenzt und ein „Blättern“ oder rasches „Nachschlagen“ ganz unmöglich war. Zu diesen Fehlern kam allmählich die Tatsache, daß die Verfertigung der damaligen Kulturwelt mit Papyrus durch die ägyptischen Fabriken immer unzulänglicher wurde. Papyrusrollen, die man außerhalb Ägyptens einrichtete, hatten keine Dauer, weil die Pflanze sachgemäß nur im Nillande gezüchtet werden konnte, und war die Papyrusernte einmal schlecht, so machte sich bald in der ganzen Welt ein empfindlicher Mangel bemerkbar, so daß man in Rom schließlich eine eigene Behörde für die „Bewirtschaftung“ des wichtigen Schreibstoffes einsetzte.

Als Ersatzmittel der Papyrusrolle hat sich der sog. „Codex“ dar, der bei den Griechen und Römern schon früher im Gebrauche war als der Papyrus. Es waren das zwei oder mehrere zusammenklappbare, aneinander gebundene Schreibblätter aus Holz, die mit Wachs ausgekleidet waren und mit einem spitzen Metallgriffel beschrieben wurden. In solchen „Büchern“ deren einzelne Tafeln nach Art unserer Poporello-Alben zu einem vielfach gebrochenen langen Streifen verbunden waren, trug der Geschäftsmann seine Rechnungen ein, hatte der Richter die Weisung zur Hand. Aber diese Codices aus Tafeln waren natürlich sehr schwer und un bequem. Man setzte dann allmählich an die Stelle des Papyrus die bereits in alten Zeiten verwendete Tierhaut, das „Pergament“. Zunächst wurde das Pergament ebenso wie der Papyrus gerollt, bald aber verwendete man es in der Form von kleinen Blättchen, die wie die Holztafeln miteinander verbunden wurden. Da zeigte sich denn, daß das Pergament für die Form des Codex besonders geeignet war und daß die Blätter leicht und in großer Anzahl durch einen Heftfaden zusammengefügt werden konnten. Man fand, daß es praktisch war, immer nur wenige, je einmal in der Mitte gebrochene Blätter zu einer „Page“ und mehrere von diesen dann zu einem „Bande“ zu vereinigen. Damit war im wesentlichen das Buch entstanden, wie wir es noch heute besitzen und das alle Vorzüge der früheren Buchformen in sich vereinigt, die Nachteile aber vermeidet. Der Pergamentcodex ist zuerst bei Martial im Jahre 85 nach Christus als billiger Ersatz der vornehmeren Papyrusrolle festzustellen; er gliedert sich etwa den Reclam-Bändchen, an die er auch im kleinen Format erinnert, und war das Buch der unbedeutenden Leute, daher besonders von den Christen benutzt, die sehr viel zur Verbreitung der neuen Buchform beigetragen haben. Um die Wende des 3. Jahrhunderts hat dann das Pergamentbuch die Papyrusrolle verdrängt. Verschiedene Einzelheiten der alten Rolle wurden bei dem neuen Buch beibehalten, so die Schubblätter, das Anbringen des Titels auf dem letzten leeren Blatt usw.

Monogramm-Druck in Gold.

In Kartonnagen- und Buguspapierfabriken wird der Monogrammdruck in den verschiedensten Farben und auf Material unterschiedlichster Art mit gutem Erfolg ausgeübt. Gold, das in umfangreicher Weise dabei zur Anwendung kommt, muß mit Erfahrung verarbeitet werden, wenn glanzreiche und haltbare Drucke erzielt werden sollen. Während die zum Monogrammdruck dienenden Farben, gleichgültig ob schwarz oder bunt, mit Dammarlack angerieben werden, besteht beim Druck mit Gold insofern eine Ausnahme, als zum Anreiben des Bronzepulvers stark verdünntes Kleisterwasser genommen wird. Mit diesem wird Hochglanzbronze angerieben, und zwar muß eine geeignete Menge Bronze dem Kleisterwasser beigeigt werden, um der Bronze eine gute Deckkraft und den erforderlichen Glanz zu geben. Kleisterwasser trübt den Glanz der Bronze nur sehr wenig, während beim Zusatz von Firnis oder dem üblichen Farblich der Glanz der Bronze verloren geht. Wird die für den Monogrammdruck dienende Farbe in der vorbeschriebenen Weise zurechtgemacht, so wird man beim Druck auf normale Papiere und Kartons auch gute Drucke erzielen. Kommt nun beim Monogrammdruck Papier oder sonstiges zu bedruckendes Material mit stark gebundener Fläche in Frage, auf welchem die Farbe nicht so einschlagen und festhalten kann, so ist leicht Reibung vorhanden, daß die festgetrocknete Farbe abspringt. Es bewährt sich dann in der Regel ein Vordruck mit gelber, stark mit Dammarlack verfeilter Farbe, und es wird im Anschluß an den Farbdruck dann dieser Druck bronziert. Das Aufstauben der Bronze muß jedoch mit Vorsicht geschehen, damit starke Partien des Druckes, auf welchen die Farbe die aufliegt, nicht ausgewischt werden. Lederpapiere, wie überhaupt alle lackierten Papiere haben ebenfalls die oft störend empfundene Eigenschaft, daß der Monogrammdruck in Gold in vielen Fällen ungenügenden Halt zeigt. Es kommt dann darauf an, festzustellen, mit was für Lack derartige Papiere lackiert worden sind. Danach richtet sich die Unterdruckfarbe beim Prägen. Sind die Papiere mit Spirituslack (Eiffettenlack) lackiert worden, so muß folgerichtig die Unterdruckfarbe aus einer spirituslöslichen Mischung bestehen, um eine richtige Verbindung zwischen der Farbe und dem Papier herbeizuführen. Sollte indessen ein harziger Terpentinlack zum Lackieren des Materials gebraucht worden sein, so muß die Unterdruckfarbe aus Dammarlack, vermischt mit gelber Farbe, wie bereits angegeben wurde, unter der oben beschriebenen Arbeitsweise Verwendung finden. Kommen mit Spirituslack lackierte Papiere in Frage, so kann man dem Kleister oder auch Gummiwasser, das mit der Bronze vermischt wird, einen gleichmäßigen Zusatz von gutem Spiritus geben. Verwendet man Gummiarabicum zum Anreiben der Farbe, so ist der echte arabische Gummi recht dickflüssig aufzulösen, durch einen Lappen zu pressen und nachher soweit mit Spiritus zu verdünnen, daß damit der Vordruck in zufriedenstellender Weise gemacht werden kann. Da der Spiritus aus der Farbe rasch verdunstet, so muß ihr von Zeit zu Zeit immer wieder eine kleine Menge hinzugefügt werden. Die mit Hochglanzbronze gefertigten Monogrammdrucke zeigen in der Regel zufriedenstellenden Glanz, der indessen durch Nachprägen gefördert werden kann, wenn es notwendig sein sollte. Das Nachprägen kann aber erst dann geschehen, wenn die Drucke vollkommen ausgetrocknet sind, was je nach Dicke der aufliegenden Farbe auf der Zeichnung verschieden lange Zeit dauert. Sind die Drucke gut ausgetrocknet, so wird der Druckstempel mit einer Staniolfolie überzogen, und es werden die Drucke hierauf unter genauer Anlage nochmals durch die Maschine gelassen. Die Drucke erhalten hierdurch erhöhten Glanz. Das gute Austrocknen darf aber nicht nur im üblichen Sinne verstanden werden, es ist ein scharfes Austrocknen der dicken Farblagen auf dem Druck notwendig. Enthält die Farbe noch etwas Feuchtigkeit, so schlägt diese beim Druck durch das Gold hindurch und die Drucke zeigen ein mattes und völlig unbefriedigendes Aussehen. Es wäre nun noch kurz der imitierte Monogrammdruck zu erwähnen, dessen Anwendung sich empfiehlt, wo er in großer Menge, rasch und zu billigem Preise hergestellt werden soll. Es empfiehlt sich in solchen Fällen, den Stempel genau in Monogrammanier arbeiten zu lassen, dazu genau passend zur Zeichnung der Druckplatte eine Farbdruckplatte. Mit diesem wird mit Unterdruckfarbe für Gold gedruckt, der Druck mit reichglänzender Bronze bronziert und dieser nach dem Austrocknen und guter Säuberung hochgeprägt. Beide Drucke müssen genau passend zueinander ausgeführt sein, wodurch ein Druck erzielt wird, der dem echten, feinstplattierten Monogrammdruck täuschend ähnlich sieht.

(„Journal für Buchbinder.“)

Internationales.

Schweiz. Infolge der gegenwärtigen Lage der Lohnabbauabewegung in den Geschäftsbüchereifabriken und den Buchdruckereien, welche durch ihr Vorgehen den Arbeitsvertrag verletzt haben, ist jede Annahme von Arbeit in diesen Betrieben ohne Bewilligung von seiten der Zentralleitung untersagt. Ueber alle diese Betriebe ist die Sperre verhängt.

Infolge der Kündigungen von seiten der Geschäftsbüchereifabriken hat das nichtgekündigte Personal die Arbeit aus Solidarität ebenfalls niedergelegt. Seit dem 2. Oktober befinden sich die Personale aus den Betrieben A.-O. Biel, Neher u. Söhne und Müller u. Co. in Bern im Ausstand. Dieser Konflikt ist eine Folge der Lohnabbauaktion der Unternehmerschaft, die zu einer zähen Abwehr veranlaßte. Der Schweizer Zentralvorstand hat in Hinsicht auf das allgemeine Interesse an der Bewegung beschlossen, mit der ersten Woche im Oktober einen Extrabeitrag in der Höhe des für jede Klasse geltenden Wochenbeitrags von jedem vollarbeitenden Mitglied zu erheben. So lange der Ausstand andauert, hat demnach jedes Mitglied, das vollbeschäftigt ist, einen doppelten Wochenbeitrag zu entrichten.

Berichte.

Bielefeld. Die am 24. September stattgefundene Konferenz der Bezirksabteilung beschäftigte sich vorwiegend mit organisatorischen Maßnahmen. Vertreten waren die Orte Bielefeld, Brate, Gütersloh und Herford. Rofz begrüßte die Erteilenden und hofft, daß die Tagung zum Wohle der Jahrestelle sein möge. Kollege Hergt gab dann den Geschäftsbericht und kreierte dabei alle Geschäfte innerhalb des letzten Jahres. Die Tarifpolitik der Organisation wurde besonders eingehend behandelt. In der Diskussion, die manchmal recht stürmisch war, kam besonders der Unwille über das letzte durchaus ungenügende Lohnabkommen zum Ausdruck. Von allen Diskussionsrednern wurde besonders betont, daß es so nicht weitergehen könnte, sollen wir nicht ganz ins Elend kommen. Den Arbeitgebern wurde jedes soziale Verständnis für die Lage der Arbeiterschaft abgeprochen. Eine Resolution, welche das Verhalten der Arbeitgeber verurteilt und verlangt, daß der Tarifauschuss mit allen Mitteln versuchen müsse, mehr für die Arbeiterschaft herauszubringen, fand einstimmige Annahme. Zum 2. Punkt der Tagesordnung, die finanzielle Bereitschaft der Jahrestelle, lagen Anträge der Ortsverwaltung auf Erhöhung der Lokalbeiträge vor. Dieser Antrag sowohl wie ein weiterer, die Lokalfrankenunterstützung ab 1. Oktober abzubauen, fanden einstimmige Annahme. Beschlossen wurde ferner, die Steuerunterstützung um 100 Proz. und die Entschädigung an die Vertrauensleute ebenfalls zu erhöhen. Infolge vorgerückter Zeit konnte die Jugendfrage nur kurz behandelt werden. Einstimmigkeit herrschte darüber, die Jugendbewegung auch in Bielefeld vorwärts zu treiben. Mit dem Wunsche alles in der Zukunft für die Organisation zu tun, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Konferenz.

Bielefeld. Am 3. Oktober fand eine außerordentliche Generalversammlung statt, die sich mit den Beschlüssen der Bezirkskonferenz zu befassen hatte. Kollege Hergt wies auf die Beschlüsse, betreffend Ausbau der Lokalfrankenunterstützung, Erhöhung der Lokalbeiträge, der Steuerunterstützung um 100 Proz. und Entschädigung der Vertrauensleute hin. Nach längerer Diskussion wurde dem zugestimmt. Hergt ging sodann noch auf die Tagung des Beirats ein und ersuchte dringend darum, nun aber auch nach dem Verdienste zu steuern. An der Diskussion beteiligten sich eine ganze Reihe Kollegen. Von allen Rednern wurde es als ganz selbstverständlich angesehen, nur in der höchsten Klasse zu steuern, denn die finanzielle Bereitschaft müsse noch viel besser werden. Die Tarifpolitik spielte auch bei diesem Punkte wieder eine große Rolle. Verlangt wurde von allen Rednern, daß alles versucht werde, mehr für die Kollegen herauszubringen. Kollege Rofz ging sodann auf die Jugendfrage ein. Durch unregelmäßigen Arbeitslohn der verschiedenen Betriebe sei es nicht möglich gewesen, Großes auf diesem Gebiet zu tun. Das solle und müsse nun anders werden. Redner erläuterte die diesbezüglichen Beschlüsse des Verbandstages. Unsere Aufgabe sei es nunmehr, unsere Lehrlingsabteilung zu einer allgemeinen Jugendabteilung umzugestalten. Rofz behandelte dann noch die Verhandlung mit den Arbeitgebern betreffs Kartoffelvorstoß. Behauptet wurde, daß die Arbeitgeber so herzlich wenig Verständnis für die Notlage der Arbeiterschaft habe. Mit nichtsagenden Worten und guten Wünschen sei der Arbeiterschaft nicht gebient. Dieses war die einstimmige Meinung aller. Der Vor-

sitzende hat zum Schluß, nicht den Mut sinken zu lassen, sondern geschlossen und einzig in der Organisation zusammenzufesthalten.

Eisenberg. Die sehr gut besuchte Mitgliederversammlung vom 9. Oktober hatte als Hauptpunkt der Tagesordnung Bericht von den Lohnverhandlungen in Weimar. Kollege Sitz hielt einen ausführlichen Vortrag über die stattgefundenen Tarifverhandlungen. In anschaulicher Weise führte er den Mitgliedern vor Augen, welche Schwierigkeiten bei jeder Lohnverhandlung zu überwinden sind. In der Diskussion wurde wiederum die ungerechte Staffelung bei den jüngeren Berufsklassen bemängelt sowie die festsitzende zurückbleibende Entlohnung anderen Berufen am Orte gegenüber. Nur um des Friedens willen würden solche Abschlüsse von den Unterhändlern getätigt. Die Versammlung erklärte, daß das Lohnabkommen bei weitem nicht genügt, und daß sie gewillt ist, mit allen Mitteln für eine Besserung einzutreten. Ferner wurde noch mit großer Mehrheit verlangt, daß, um Verbesserungen durchzudrücken, Reichstarife nicht mehr abgeschlossen werden.

An die Beitragscheuen.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ — So hört man diesen oder jenen sagen. Wer dieses sagt, bedenkst nicht, was er spricht. Er will gewinnen, ohne was zu wagen. Ein jeder Pfennig tut ihm bitter leid. Der nicht als Geld in seinen Schnappack gleitet, Doch nimmt er gerne ohne Dankbarkeit, Was der Verband ihm mühevoll erstreitet.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ — Ein Wort fürwahr, das seinen Sprecher richtet. Ist es dir gleich, wenn dein Verband zerbricht? Ob deinen Schuh das Kapital vernichtet? Dann kommt die Zeit, wo wiederum wie einst Die Willkür wird ob deiner Ohnmacht höhnen. Dann laßt der Bittler, wenn du klagst und weinst, Dann wird er noch ans Kuchlein dich gewöhnen.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ — Kann man mit Männern, die dies Wort betreuen, Die Welt erobern, Freude, Brot und Licht, Wenn sie ein Opfer darzubringen scheuen? Nur wer kein Opfer scheut, besitzt das Recht, Sich an den Tisch des Lebens hinzusetzen. Drum gilt es, Freund, im täglichen Gesecht Das Schwert der Tat mit Opferinn zu wehen!

Viktor Kainowski.

Hamburg-Altona. In der überaus gutbesuchten Versammlung vom 12. Oktober nahmen die Gläubiger und Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen zu dem neuen Lohnabkommen Stellung. Es wurde im allgemeinen von den Arbeitern und Arbeiterinnen ausgeführt, daß die bezahlten Löhne keineswegs den heutigen Zeitverhältnissen entsprechen und die Lohnsätze viel zu gering seien, um damit das Leben fristen zu können. Die Zulagen von 10,95 M. in der Spitze für Männer und 6,20 M. für Arbeiterinnen sind zu gering.

Die Versammlung nahm mit Entrüstung Kenntnis von dem Ergebnis der Verhandlungen, sie kann in den gewährten Zulagen keinen Ausgleich gegenüber der eingetretenen Teuerung erblicken und fordert deshalb von der Organisationsvertretung, bei den Zentralinstanzen die Forderung auf sofortige Auszahlung der erteilten Oktoberzulagen zu stellen und unverzüglich neue Verhandlungen anzubahnen, um mit Wirkung vom 20. Oktober ab Zugeständnisse zu erhalten, die der Teuerung entsprechen. Gleichzeitig fordert sie von der Ortsverwaltung, beim Verein der Kartonnagenfabrikanten für Hamburg-Altona mit aller Energie darauf zu dringen, daß das Unrecht, das an der Hamburger Kartonnagenarbeiterschaft begangen wurde, indem unsere Löhne wesentlich unter den Berliner Lohnsätzen gehalten werden, endlich gutzumachen. Bis die Zentralinstanzen zu diesen Forderungen Stellung genommen haben, erwartet die Hamburger Kollegenschaft von den hiesigen Arbeitgebern die Auszahlung der gesamten Oktoberzulagen und die Gleichstellung mit Berlin. Nur in der Erwartung, daß die Arbeitgeber in Würdigung der Notlage der Arbeiterschaft die gewöhnlich berechtigten Wünsche der Hamburger Kartonnagenarbeiterschaft voll und ganz erfüllen, sieht die Arbeiterschaft zunächst

von weiteren Schritten ab. Sollten bei den Verhandlungen die berechtigten Wünsche der Hamburger Kartonnagenarbeiterschaft zentral oder örtlich keine Berücksichtigung finden, wird sich die Hamburger Kollegenschaft mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ihr Recht erkämpfen.

Ludenwalde. In der Mitgliederversammlung vom 11. Oktober hielt Gen. Marggraf einen lehrreichen Vortrag über „Die Frau innerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses“. Sodann wurde das neue Lohnabkommen in der Kartonnagenbranche bekanntgegeben, welches bei der Kollegenschaft helle Empörung hervorrief. Sind doch besonders die Löhne der Jugendlichen und Frauen ganz erbärmliche und am Orte die niedrigsten. Alle Diskussionsredner verurteilten aufs entschiedenste das Vorgehen des Vertreters der hiesigen Unternehmer bei den Weimarer Verhandlungen, da er gar keine Ahnung hat von den Verhältnissen, unter denen die Arbeiterschaft lebt. Jedoch er ist nur Beauftragter und muß tanzen, wie die Herren pfeifen. Es scheint so, als ob die Unternehmer die Arbeiterschaft und besonders die Jugendlichen, welche doch gewiß durch die langen Hungerjahre ausgemergelt sind, dem völligen Siechtum überantworten wollen, und dann schreien dieselben Herren über steten Rückgang der Arbeitsleistungen und sinkende Moral. Bei diesen Hungerlöhnen ist es unerhört, gegen jede Lohnhöhung für Ludenwalde zu protestieren wie es Herr Meyer in Weimar tat. Wie konnte dieser bei unseren zentralen Verhandlungen solche Löhne ansetzen, da er doch bei örtlichen Verhandlungen aller Gewerkschaften von diesen glatt abgelehnt wird? Ein Kollege verlangte unter Zustimmung der gesamten Versammlung, daß in Zukunft auch ein Vertreter untererwärts zu den Verhandlungen auf Kosten der Jahrestelle teilnehmen soll.

Die Versammlung nahm mit Entrüstung Kenntnis von dem Lohnabkommen und protestierte ganz energisch gegen den sprozentigen Abzug für Ludenwalde bei den ohnehin schon erbärmlichen Löhnen. Herr Meyer als Vertreter der hiesigen Unternehmer betrachtet es annehmend als seinen Beruf, eine Arbeitergruppe gegen die andere auszuspielen. Die Versammlung war der Meinung, daß die anderen Gewerkschaften bei örtlichen Verhandlungen diesen Herrn zurückweisen, da er mit unwahren Behauptungen operiert.

Sannemann gab sodann den Ortsausführsbericht. Hier wurde der Beschluß des Ortsausführs, die „Bauhütte“ durch Verkauf der Sozialisierungsmarken zu unterstützen, nach lebhafter Debatte gegen eine Stimme abgelehnt. Unter „Gewerkschaftliches“ erinnerte der Vorsitzende an den Beschluß der Ortsverwaltung, daß für unsere Jahrestelle nur fünf Beitragsklassen gelten, und weist ferner einen Artikel in der hiesigen „Roten Fahne“ zurück, betr. seiner Stimmenthaltung in der Zentralratsung betr. Beschickung des Betriebsrätekonferenzen, da nicht der Zentralrat, sondern die Vollversammlung der Betriebsräte über die Beschickung dieses Kongresses zu bestimmen habe. Der Vorsitzende verweist ferner auf den Artikel „Funktionäre“ in der Nr. 41 der „Buchbinder-Zeitung“ und verurteilt aufs schärfste die Heruntersetzung und Verkümdungen der Gewerkschaften und ihre Führung, wohlgerne, nicht in der Versammlung, sondern besonders in den Betrieben. Ein Kollege, Mitglied der kommunistischen Keimzelle, der sich besonders darin hervorhob, wählte den besseren Teil der Tapferkeit und verließ den Saal, statt Rede und Antwort zu stehen. Auch sonst klappte die Regie dieser Zelle in der Versammlung ausgezogen. Zum Schluß wurde noch ein Versuch gemacht, bei fast geleertem Saal einen Antrag zur Abstimmung zu bringen, daß die Jahrestelle einem Vertreter zum Reichsbetriebsrätekonferenz entsenden möge, und die Kosten durch Sammlungen aufzubringen.

Schluß. Nicht zum ersten Male heißt es an dieser Stelle: „Mit Entrüstung wurde Kenntnis von letzten Lohnabkommen genommen.“ Jedoch das Abkommen, welches das letztemal in Weimar mit der Adde getroffen wurde, stellt tatsächlich alle bisher getätigte in den Schatten. Nachdem Kollege Schülke berichtete, daß nicht nur die berechnigte Grenzzulage abgelehnt, sondern auch bloß eine ganz minimale, der kolossalen Teuerung nicht im entferntesten ausreichende Lohnzulage bewilligt wurde, ergriff die Kollegen eine ziemliche Erregung. Die stark besuchte Versammlung stellte fest, daß dieses Abkommen den jetzigen teuren Verhältnissen auch nicht im entferntesten entspricht. Die Teuerungswelle, welche durch das Steigen des Dollars jetzt wieder herein gebrochen, wird durch das Abkommen nicht im mindesten ausgeglichen. Die Versammlung forderte, daß sofort die Verhandlungen erneut aufgenommen werden und gelobte, daß, wenn das Resultat wieder so unbefriedigend sein sollte, sie zu anderen Maßnahmen gezwungen wird.

Rundschau.

Die Geldknappheit. Die Notenbanken in den Ländern mit zerrütteter Valuta überfluteten ihre Länder wöchentlich mit neuen Milliarden in allen Farben schillernden Geldnoten. Die deutsche Reichsbank hat ihre Notenausgabe seit Beginn des Jahres verdoppelt. Mitte September waren mehr als 250 Milliarden Noten im Umlauf. In den letzten zehn Wochen entfiel auf einen jeden Tag eine Milliarde neuer Geldnoten. In Ungarn, in Oesterreich und gar noch in Rußland wird der Notendruck in einem noch unvergleichlich größeren, ja phantastischen Maßstabe betrieben. Und trotzdem herrscht in allen diesen Ländern eine gerade verhängnisvolle Geldknappheit, die Notenpresse kann nicht genug Geld herstellen. Die Unternehmer können in Oesterreich die Löhne bereits vielfach nicht auszahlen, der Staat bleibt den Angestellten das Gehalt schuldig, und ähnliche Schwierigkeiten sind auch schon in Deutschland entstanden.

Wieso ist es möglich, daß bei dieser unermeßlichen Steigerung von Geldnoten eine Geldknappheit vorhanden ist? Man würde das Gegenteil meinen: daß zu viel Geld hergestellt wird. Die Leute, die ohne weiteres die Stilllegung der Notenpresse fordern, müssen sicherlich dieser Meinung sein, sonst könnten sie diese Forderung vernünftigerweise nicht stellen. Und trotzdem verhält es sich umgekehrt. In diesen Ländern ist eben sehr wenig Geld, ja überraschend wenig im Umlauf. Wenn man die im Umlauf befindlichen Noten auf ihren gegenwärtigen Goldwert umrechnet, wird sich bald herausstellen, daß dieser sehr bedeutend geringer ist als der Goldwert der Geldnoten vor dem Kriege, und um so geringer, je mehr die Währung zerrüttet ist. Der Wert der vor dem Kriege im Umlauf befindlichen deutschen Banknoten betrug ungefähr vier Milliarden Goldmark, während die gegenwärtig umlaufenden 250 Milliarden weniger als eine Milliarde Goldmark darstellen. Aber wenn wir, was richtiger ist, den Wert der Geldnoten mit den inländischen Preisen in Beziehung setzen, ergibt sich eine sehr beträchtliche Wertverminderung im Verhältnis zum Vorkriegszustand. Der deutsche Banknotenumsatz hat sich gegenüber 1914 um das Sechzigfache erhöht, die Preise dagegen um das Dreihundertfache. Man muß sich also fragen, wie das überhaupt möglich ist, mit diesen verhältnismäßig geringen Geldmengen den Verkehr zu bewältigen. Unter den Gründen, welche dies ermöglichen, finden wir die größere Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in diesen Zeiten, wo die Geldnoten, besonders die in Form von Löhnen ausgezahlt, nicht in den Taschen der Empfänger bleiben können, sondern sofort weitergegeben werden. Viel wichtiger als dieser Grund ist jedoch, daß der Verbrauch infolge der Verarmung sehr wesentlich zurückging. Würde man ebenfalls Waren verbrauchen wie vor dem Kriege, so müßte man bei den gegenwärtigen Preisen weit größere Geldmengen besitzen, um diese kaufen zu können. Daß wir jetzt mit so verhältnismäßig geringen Geldmengen bisher ausgekommen sind, ist ein bereicherter Ausdruck der Verarmung und der Verbrauchseinschränkung. Da aber die Notenbanken den sprunghaften Preisverhöhungen, welche durch den Valutasturz verursacht wurden, mit der Herstellung neuer Banknoten nicht nachkommen können, ist die eigentlich bereits lange vorhandene Geldknappheit zu einer akuten Gefahr geworden.

ADGB. und IFA-Bund. Die „Akte Fahne“ versucht weiterhin Verwirrung unter der organisierten Arbeiterschaft zu stiften. Zu diesem Zweck wird jetzt in einem von der dort üblichen Wahrheitsliebe erfüllten Artikel der Abendausgabe vom 26. September von „ernsten Differenzen“ zwischen ADGB. und IFA-Bund gefaselt. Um einen Anlaß für dieses Manöver zu finden, wird berichtet, daß am 24. September eine Konferenz der Brandenburgischen Ortsausschüsse des ADGB. stattgefunden hat, an der die Ortsstelle des IFA-Bundes von Brandenburg auf Veranlassung ihres Hauptvorstandes nicht teilgenommen hätten. An dieser ganzen Sensationsmeldung ist kein wahres Wort. Diese Bezirkskonferenz war zur Erörterung besonderer Arbeiterfragen einberufen, an denen die Angestellten nicht unmittelbar interessiert sind. Der IFA-Vorstand hatte seine Brandenburgischen Ortsstellen entsprechend benachrichtigt. Von irgendwelchen Differenzen zwischen ADGB. und IFA-Vorstand kann dabei nicht die Rede sein. Die beiden Spitzenverbände arbeiten im besten Einverständnis zusammen. Sie werden sich auch durch die Zerkerungsbestrebungen der Kommunisten nicht davon abbringen lassen, nach wie vor an ihrer bisherigen innigen Gemeinschaftsarbeit im Interesse aller Kopf- und Handarbeiter festzuhalten.

60 Beitragsklassen hat der Verband der Zimmerer jetzt eingeführt. Der ganze Jammer der katastrophalen Marktentwertung spiegelt sich darin wider.

Während die Beitragsklassen 37—48 bei einem Stundenlohn von über 81 bis 105 M., um je 2 M. von Klasse zu Klasse steigen und für diese der gesamte Beitrag, also inklusive Lokal- und Erwerbslosenbeiträge pro Woche 106,60 bis 135,20 M. erhoben werden, steigen die Beitragsklassen 49 bis 60 mit einem Stundenlohn von über 105 bis 177 M., um je 6 M. von Klasse zu Klasse, während hier der Gesamtbeitrag zwischen 143 bis 238,80 M. pro Woche schwankt. In Einzelunterstützung wird gezahlt in Klasse 37 bei einer Mitgliedsdauer bis zu 1 Jahr 164 M. pro Tag, bis zu 5 Jahren 246 M., bis zu 10 Jahren 287 und über 10 Jahren 328 M. pro Tag. In der Klasse 48 beträgt die tägliche Unterstützung bei der gleichen Karenz 208, 312, 364 bzw. 416 M. und steigt in der Spitze der 60. Beitragsklasse bis auf 704 M. pro Tag.

Internationaler Friedenskongreß. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hatte auf dem Kongreß in Leipzig (19. bis 26. Juni 1922) bereits die Gewerkschaften aufgefordert, an dem Internationalen Friedenskongreß teilzunehmen, der vom Internationalen Gewerkschaftsbund zum 10. Dezember einberufen und im Haag stattfinden wird. Wie wir hören, sind aus Deutschland ungefähr 50 Delegierte zu erwarten. Auch aus Belgien werden vermutlich außer Vertretern der Belgischen Gewerkschaftskommission Delegierte aller angeschlossenen Verbände teilnehmen.

Es ist damit zu rechnen, daß die internationale Gewerkschaftsbewegung allein einige hundert Delegierte zu dem Kongreß entsenden wird.

Die christlichen Gewerkschaften hatten nach ihrem letzten veröffentlichten Jahresbericht vom 31. Dezember 1921 einen Mitgliederstand von 1028 900, darunter 232 250 weibliche. Die Gesamteinnahmen betragen rund 145 1/2, die Gesamtausgaben 100 1/2 Millionen Mark, so daß am 31. Dezember ein Vermögenbestand von insgesamt 83 659 646 M. oder 81 M. pro Mitglied vorhanden war. Die stärkste Gruppe ist die der Metallarbeiter mit 234 452, während die graphischen Arbeiter mit 5715, darunter 3038 weibliche, und die Buchdrucker mit 3033 Mitgliedern mit zu den kleinsten Industriegruppen zählen.

Die Arbeitslosigkeit im Auslande ist, soweit die neuesten Feststellungen reichen, auch jetzt noch eine ganz gewaltige. So wurden im August an arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern gezählt: in Großbritannien 187 083 = 14,4 Proz., Belgien 34 877 = 5,4 Proz., Niederlande circa 30 000 = 2,3 Proz., Schweiz 51 789, Italien circa 300 000, Dänemark 11,1 Proz., Schweden circa 20 000 = 20,0 Proz., Norwegen 15,2 Proz., Polen circa 100 000, Kanada 5,3 Proz.

Dagegen wurden in Deutschland in dem gleichen Monat nur 0,7 Proz. Arbeitslose ermittelt.

Literarisches.

Heinrich Dieh. Ein kultureller Bahnbrecher. Die von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, herausgegebene Schrift würdigt das Lebenswerk des kürzlich verstorbenen Heinrich Dieh und ruft zur Gründung einer „Heinrich-Dieh-Gesellschaft“ auf, einer Zusammenfassung aller geistigen und körperlich Schaffenden, die erst um die Befestigung und Vertiefung ihrer sozialistischen Weltanschauung ringen. Der jährliche Beitrag beträgt 250 M. Die Mitglieder der Gesellschaft erhalten alle Veröffentlichungen derselben zu einem ermäßigten Preise.

„Die Rheinlande in der Franzosenzeit.“ Ein neues Geschichtswerk von Dr. Alexander Conrad, das zu der in den letzten Jahren wieder aufgerollten Rheinfrage in strenger Sachlichkeit Stellung nimmt. Verlag J. H. W. Dieh Nachf., Berlin SW. 68. Ladenpreis broschiert 200 M., geb. 300 M.

Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter noch bei der Verbandstasse ein von Kaiserslautern 5000,— M., Erfurt 17 857,20 M. Noch immer nicht eingesandt haben diese die Zahlstellen Danzig und Akenau.

Abrechnungen vom 3. Quartal gingen bis zum 16. Oktober bei der Verbandstasse ein von Sorau 3594,90 M., Burg b. W. 5600,— M., Dessau 12 500,— M., Ostermied 4900,— M., Quedlinburg 6221,40 M., Bittenberg 12 500,— M., Wansfried 23 045,— M., Clope 7000,— M., Mark, Jüda 1850,50 M., Ranzel 9089,60 M., Altenburg 12 985,75 M., Gschütz i. S.-A. 13 341,10 M., Gräfenthal 2954,30 M., Schmöln 16 000,— M., Naßau 8480,25 M., Seltschennersdorf 21 500,— M., Werdau i. Sa. 1678,60 M., Wurzen 64 000,— M., Wilm 16 989,50 M., Emstkirchen 6000,— M., Kaufbeuren 801,— M.

Fr. Bender.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
Krenshausen. B. u. K.: Elisabeth Schilling, Markt bei Krenshausen (Eichsfeld).
Eberstadt. B.: Georg Mint, Odenwaldstr. 3. K.: P. Schmidt, Ringstr. 38.
Stolz i. Pomm. B. u. K.: H. Heyden, Wilhelmstraße 4.
Trier. B.: J. Beher, Fucharlusstr. 10 I. K.: R. Ender, Hommerstr. 13 I.
Worms. B. u. K.: Josef Gertner, Süßengasse 35.

Etulsmacher,
 tägliche Kraft p. fort gelocht.
 P. Werlt, Café
 Königstor 34. Telefon 7081.

**Tüchtige
 Etuistenschler**

auf Schmuckstein
 für dauernde Beschäftigung
 stellen sofort ein

Bücher-Werte, H.-G.,
 Abt. Magdeburg
 Maadebura-Cracan.

Glückgold
 besonders ausgezeichnet
Schmuckgold
 feinst seit 1870
 E. Rühm
 Glückgoldfabrik
 Augsburg 64

**Tüchtigen
 Linierer**
 auf Extra-Schemas verlangt
Bachmann & Goebel
 Berlin, Neue Friedrichstr. 48.

**Grüne u. blaue
 Buchbinderschürzen**
 in Buchbinderkreise seit Jahr.
 anerkannter Qualität liefert
 in Band oder Reize für 20/100
 80/110, 60/120 tonne
 Arbeitslohn
 und Mäntel
 in schwarzem
 (Nacht braun) und
 indigoblau zum
 jeweiligen Tages-
 preis überaus best.
A. C. Volz
 Fabrikation u. Ver-
 rüstung.
 Stuttgart, Weidstr. 77
 Tel. 2355.
 N. B.: Tägl. jährliche Uner-
 leumung für u. m. Handlich!

Seibständig arbeitender
Linierer
 auf Wiltsche Rollenmaschine
 sofort für dauernd gesucht.
Hiesien & Bartenwerther
 Weidbüschbuckel
 Hittens-Ottensen.

**Derfette
 Kartonnagen-
 überzieherinnen**
 in dauernde, angenehme, gut be-
 zahlte Stellung gesucht.
 Angebote mit Lebenslauf, Tag
 des Eintritts unter „N. 2. 21“
 an die Expedition dieser Zeitung.

LEIM
 Leder-, Knochen-, Mischleim
 Fordern Sie Offerte m. Gratiemustern ein
Marcus Lissauer, Hamburg 13
 Abt. Leimindustrie — Idastraße 11/13.

Druckpresse,
 vierfältig, Friedensarbeit mit 22 500 kg Druck, sehr
 schwer, im besten Zustande, umstandslos ab zu ver-
 kaufen. Interessenten werden um Adressenangabe
 unter „C. 114“ an die Expedition dieser Zeitung
 gebeten.